

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

SPÖ-Mission: Selbstbewusst vorwärts!

Claudia Schmied

Stagnation der Völkischen?

Andreas Peham

Ein Volk von Eigentümern?

Artur Streimelweger

Vom Klubzwang

Ludwig Dvořák



ALAIÀ.
AZZEDINE ALAIÀ IM 21. JAHRHUNDERT
NRW-FORUM DÜSSELDORF

EDITORIAL

Was gut recherchierter Journalismus bewirken kann, zeigte in den letzten Wochen sehr eindrucksvoll die Berichterstattung des FALTER zu den Zuständen im österreichischen (Jugend-)Strafvollzug. Die teilweise gesetzwidrigen Missstände sind seit Jahren bekannt, mögliche Alternativen ebenso. Bewegung in die Sache kam aber erst, als die mediale Darstellung skandalöser Übergriffe unter Häftlingen an die Öffentlichkeit drangen und der »Law-and-Order«-Reflex der Justizministerin im eigenen PR-Debakel endete. Nun soll einmal mehr eine »Task Force« Schritte setzen. So ungeheuerlich es ist, dass derartige Missbrauchsfälle und öffentlicher Druck notwendig sind, um diese Zustände zu verändern, so geboten erscheint es, ab jetzt verstärkt das Augenmerk auf die Strafrechtspolitik zu legen. Justizministerin Karl hat eine StGB-Reform angekündigt, deren konkreten Ziele bisher aber nicht benannt. Die Vorfälle in verschiedenen Justizanstalten haben aber einmal mehr bewiesen, dass unser Strafvollzug eine seiner elementarsten Kernaufgaben derzeit nicht wahrnehmen kann: Die Sicherheit durch Resozialisierung nachhaltig zu erhöhen. Mehr denn je sollte die StGB-Reform daher dafür genutzt werden, zu überlegen, welche Sanktionen in welchem Ausmaß tatsächlich geeignet sind, diese Ziele zu erreichen. Die ZUKUNFT wird diesen Überlegungen in den kommenden Monaten entsprechend Raum bieten.

Diese Ausgabe der ZUKUNFT wird durch grundsätzliche Überlegungen ganz anderer Art eingeleitet: **Bundesministerin Claudia Schmied** nimmt das **neue Buch** von **Colin Crouch** zum Anlass, die für sie daraus folgenden **Ableitungen für die Sozialdemokratie** zu diskutieren.

Andreas Peham nimmt die **aktuellen Entwicklungen im neonazistischen und rechtsextremen Lager** und **dessen Verbindungen mit der FPÖ** genau unter die Lupe.

Historische Aspekte des heimischen Neonazismus und deren Bezug zur Gegenwart beschäftigen **Thomas Riegler**: Er setzt sich mit den fast vergessenen **rechtsextremen Terroranschlägen der frühen 1980er-Jahre** auseinander.

Helga Hieden-Sommer spricht das Thema des **Gender Pay Gap**, seine unzulässigen Verharmlosungen, aber auch von in ihren Augen vernachlässigte gesellschaftliche Zusammenhänge bei der Diskussion von Geschlechterverhältnissen an.

Rechtzeitig zum Wahlkampf geht die in Wohnfragen jahrelang nur für Mietshausbesitzer aktive ÖVP wieder mit ihrer Vision der **Eigentümergeinschaft** hausieren. **Artur Streimelweger** zeigt in seinem Beitrag am **Beispiel Großbritannien** auf, dass das **kein Ausweg aus der Wohnproblematik ist**.

Torsten Engelage stellt die politische Situation **Bulgariens** rund um die jüngsten Parlamentswahlen in den Kontext der jüngeren Geschichte dieses zweitjüngsten EU-Staats.

Die »**Illusion Markt**« beschäftigt **Michael Amon**.

ATTAC-Aktivist **Gerhard Zahler-Treiber** wiederum bemüht sich, **Mythen und Fakten rund um das Bankgeheimnis** in Österreich auseinanderzuklauben.

Das **Thema »Klubzwang«** beschäftigt **Ludwig Dvořák**: Die Diskussion um die Platzierung der Abgeordneten Sonja Ablinger sei weniger ein Problem der Klubdisziplin als der mangelhaften Diskussions- und Entscheidungskultur der Partei, die die Sozialdemokratie politisch und organisatorisch schwäche.

Nach den **Buchtipps** rundet **Markus Marterbauer** das Heft schließlich mit seinem Schlusswort ab.

Viel Vergnügen beim Lesen und Schauen!

Inhalt



AZZEDINE ALAÏA, COUTURE SOMMER 2010.
© Azzedine Alaïa. Foto: Groninger Museum / NRW-Forum

6 SPÖ-Mission: Selbstbewusst vorwärts!

VON CLAUDIA SCHMIED

8 Stagnation der Völkischen?

VON ANDREAS PEHAM

14 Die vergessenen Bomben von rechts

VON THOMAS RIEGLER

21 Gender Pay Gap

VON HELGA HIEDEN-SOMMER

26 Ein Volk von Eigentümern?

VON ARTUR STREIMELWEGER

30 Bulgariens unsicherer Weg

VON TORSTEN ENGELAGE

36 Die Illusion »Markt«

VON MICHAEL AMON

42 Das Bankgeheimnis – Aufklärung statt Mythenbildung

VON GERHARD ZAHLER-TREIBER

44 Vom Klubzwang

VON LUDWIG DVOŘÁK

48 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

50 Mit der Neoklassik in die Krise, mit dem Keynesianismus aus ihr heraus

SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

SPÖ-Mission: Selbstbewusst vorwärts!

Ausgehend von Colin Crouchs neuem Buch »Jenseits des Neoliberalismus« stellt Bundesministerin Claudia Schmied einige grundlegende Überlegungen zur Zukunft der Sozialdemokratie an.

Eine durchsetzungsstarke und selbstbewusste Sozialdemokratie ist heute gefragt denn je. Zu dieser Schlussfolgerung kommt der britische Soziologe Colin Crouch, der sein neues Buch »Jenseits des Neoliberalismus« im österreichischen Passagen Verlag vor kurzem herausgebracht hat. Im folgenden Beitrag werden – ausgehend von den Thesen dieses Buches – Gedanken zur Sozialdemokratie in Österreich entwickelt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen unsere Vision in die Zukunft richten. Zwei Grundaussagen sollten wir dabei unmissverständlich treffen: Wir bekennen uns zur Marktwirtschaft! Wir erteilen einer Marktgesellschaft eine klare Absage!

MARKTWIRTSCHAFT MIT SOZIALER DIMENSION VERBINDEN

Die Sozialdemokratie ist die politische Bewegung, die die Marktwirtschaft ausgehend von den sozialdemokratischen Werten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität mit einer sozialen Dimension verknüpft. Auch wenn man nicht reich ist, muss ein Leben in Würde möglich sein! Die SPÖ ist daher in Österreich die Partei der Chancengerechtigkeit. Die SPÖ muss besonders auch in Zeiten der Unsicherheit Haltegriffe bieten. Für das Erreichen gesellschaftlicher Ziele (Wohl der Bürgerinnen und Bürger, Schutz der Umwelt, Verhinderung von Monopolen etc.) braucht es in der Marktwirtschaft Marktkorrekturen, eine starke Regierung und einen erstklassigen öffentlichen Sektor, nachhaltiges Steueraufkommen und geordnete Staatsfinanzen.

Demgegenüber geht es im Konkurrenzmodell – Neoliberalismus us-amerikanischer Prägung – immer um die Maxi-

mierung von Einkommen und Macht der Großkonzerne und reicher Einzelpersonen. Der Neoliberalismus will daher Privatisierungen auf allen Linien durchsetzen. Er ist es, der mehr Markt, weniger Staat postuliert. Der Neoliberalismus us-amerikanischer Prägung fördert die Ungleichheit und schadet damit der Demokratie.

Die Sozialdemokratie – wer sonst? – ist daher gefordert, das Konzept der »Sozialen Marktwirtschaft« in Österreich und in der Europäischen Union zu propagieren. Die Sozialdemokratie sagt Ja zur Privatwirtschaft und zum Privateigentum und sagt gleichzeitig, dass es in bestimmten Bereich, wie zum Beispiel der Bildung, der Gesundheit, der Kultur oder der Infrastruktur einen leistungsstarken öffentlichen Sektor braucht. Die Sozialdemokratie sagt Ja zum Wettbewerb und sagt gleichzeitig, dass Arbeitnehmerrechte und Menschenrechte zu schützen sind. Die Sozialdemokratie sagt Ja zum Unternehmertum und sagt gleichzeitig, dass Gewerkschaften, die das Allgemeinwohl im Auge haben, wichtig sind. Die Sozialdemokratie bekennt sich zur Freiheit der Kunst und ihrer öffentlichen Finanzierung.

WOHLFAHRTSSTAAT MIT SOZIALER DIMENSION

Die strategische Ausrichtung der Sozialdemokratie ist klar: Wohlfahrtsstaat mit sozialen Investitionen! Bildungsinvestitionen sind wichtige Sozialinvestitionen. Es geht um Bildung und Ausbildung aller Menschen für ein Leben in Würde. Arbeit ist die Grundlage der Gesellschaft. Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen Ausbildung und Einkommen. Eine aktive Bildungspolitik ist daher ein Herzstück der sozialdemokratischen Mission für Gerechtigkeit. Und es ist ein Faktum, dass Gesellschaften mit geringer Ungleichheit und ausgeprägten Arbeitnehmerinteressen gute wirtschaftliche Ergebnisse erzielen.

BÜNDNIS SPÖ UND GEWERKSCHAFT

Es ist wichtig, dass sich die Sozialdemokratie – der Gewerkschaftsbewegung wertemäßig nahe – mit der Gewerkschaft verbündet und gleichzeitig für einen leistungsstarken öffentlichen Sektor eintritt. Letzteres ist in Österreich eine große Herausforderung, weil der öffentliche Dienst gewerkschaftlich in konservativen Händen ist, und die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst auch parteitaktisch vereinnahmt wird. Dennoch: Es muss gelingen, den öffentlichen Sektor leistungsstark, innovativ und gesellschaftlich wertgeschätzt zu positionieren. Das betrifft besonders auch die öffentlichen Schulen. Gelingt das nicht, etwa durch Ganztagschulen und ein neues, leistungsorientiertes Dienst- und Besoldungsrecht, dann droht eine gefährliche Entwicklung: Die Privatisierung der Bildung!

Die Privatisierung der Bildung würde unsere Gesellschaft spalten: In die Gruppe der Wohlhabenden und der Mittelschicht, die die Privatschulen besuchen, und in die Gruppe der Armen und Migranten, die die öffentlichen Schulen besuchen. Das wollen wir nicht!


FÜR EINEN LEISTUNGSSTARKEN ÖFFENTLICHEN SEKTOR

Wir wollen einen leistungsstarken öffentlichen Sektor. Für den Bildungsbereich heißt das: erstklassige, gemeinsame, ganztägige, öffentliche Schulen! Das wollen wir! Dafür kämpfen wir! Es ist ein herausfordernder Kampf für die SPÖ, vor allem weil sich der Regierungspartner ÖVP darauf konzentriert, im Bildungsbereich reine Standespolitik zu betreiben. Die daraus resultierende Schwächung des öffentlichen Sektors wird in Kauf genommen, weil sie ganz gut ins Gesamtkonzept einer neoliberalen, konservativen ÖVP passt, das nach wie vor lautet: »Weniger Staat, mehr Privat«.

So mancher konservativ denkende Standesvertreter merkt es offenbar gar nicht, dass er es ist, der mit seiner Blockadepolitik dazu beiträgt, den öffentlichen Sektor zu schwächen und Ausgliederungen und Privatisierungen zu fördern. Aber: Wir lassen nicht locker. Schritt für Schritt arbeiten wir uns voran. Viele Bildungsprojekte sind in den letzten sieben Jahren, trotz Gegenwind, gelungen: Kindergartenjahr, kleinere Klassen, Neue Mittelschule, Ganztagschule, Bildungsstandards, Lehre und Matura usw. Wir haben viel erreicht – 61 Regierungsvorhaben befinden sich in Umsetzung – und viel Arbeit liegt vor uns und den Lehrerinnen und Lehrern. Die PädagogInnenbildung Neu ist ein Schlüsselprojekt für eine gute Schule,

denn wir alle wissen, neben den engagierten Eltern sind es vor allem die Lehrerinnen und Lehrer, die den Bildungserfolg unserer Jugend gestalten.

WOHLFAHRTSSTAAT BRAUCHT SUPRANATIONALEN SCHUTZ

Die Sozialdemokratie hat den Willen, unsere Gesellschaft sozial zu gestalten. Wir geben uns mit dem Status quo nicht zufrieden. Wir wollen erstklassige Schulen für alle Kinder in Österreich. Und: Wir müssen unsere sozialdemokratischen Prinzipien auch auf der Ebene der Europäischen Union verwirklichen. Der Wohlfahrtsstaat braucht supranationalen Schutz. Die Zukunft der Europäischen Union entscheidet sich bei der Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft: Dabei zählen Sozial- und Bildungspolitik zu den maßgeblichen Faktoren. Ein Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft und zum supranationalen Schutz des Wohlfahrtsstaates ist erforderlich. Eine verstärkte internationale Vernetzung der Sozialdemokratie ist ein Gebot der Stunde, um ein soziales und gerechtes Europa Wirklichkeit werden zu lassen. 

CLAUDIA SCHMIED

ist Betriebswirtin, war viele Jahre im Finanzministerium und im Bankensektor beschäftigt und wurde 2007 zur Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur berufen.

Stagnation der Völkischen?

Mit dem Urteil gegen zentrale Figuren des Neonazismus Anfang des Jahres und den zahlreichen Aufdeckungen über den rechten Rand der FPÖ ist der österreichische Rechtsextremismus wieder in die mediale Aufmerksamkeit gerückt. Andreas Peham liefert eine aktuelle Bestandsaufnahme von Neonaziszene und FPÖ.

Für die extreme Rechte Österreichs stellt das Jahr 2013 bisher nicht gerade ein erfolgreiches dar: Die Neonaziszene sieht sich – spät aber doch – anhaltender Repression ausgesetzt und ist nach der Ausschaltung ihrer maßgeblichen Anführer zumindest in Ostösterreich von Desorientierung geprägt. In seinen sub- und jugendkulturellen Formen sickerte der Neonazismus jedoch in die sozialen Medien und Netzwerke ein, wo er mancherorts schon als hegemonial bezeichnet werden muss. Der parteiförmige Rechtsextremismus hat nach mehreren Wahlniederlagen auf Länderebene mit internen Verwerfungen zu kämpfen und geht nicht gerade gestärkt in den Nationalratswahlkampf. Dennoch wäre es zu früh, in Jubel auszubrechen, zumal sich die extreme Rechte Österreichs bis dato noch immer wieder erholt hat – vor allem wenn und weil es ihre Gegner_innen ihr ermöglichen.

ENTWICKLUNGEN IN DER NEONAZISZENE

Nach Jahren der – von polizeilichem Interesse weitgehend ungestörten – Reorganisation machte die österreichische Neonaziszene ab der Jahrtausendwende mit verstärkten Aktivitäten und gesteigerter Gewalttätigkeit auf sich aufmerksam. Angeleitet von (ehemaligen) Kadern der *Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition* (VAPO) und der *Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik* (AFP) etablierte und erneuerte sich ab 2000 – unter den begünstigenden Bedingungen der FPÖ-Regierungsbeteiligung – ein Neonazi-Netzwerk, das zunehmend auch grenzüberschreitend agierte. Beinahe wöchentlich demonstrierten österreichische Neonazis in Deutschland, Tschechien, Ungarn und der Slowakei, nach Osteuropa fuhr man immer wieder auch zu Konzerten und Wehrsportübungen. Als Sprachrohr wie gleichzeitiger Ausdruck der Radika-

lisierung dieser Szene diente seit Frühjahr 2009 die Homepage *alpen-donau.info*. Damit einher ging eine Zunahme neonazistischer Gewalt, jedoch ohne dass von Seiten der Behörden oder der herrschenden Politik darauf adäquat reagiert worden wäre. Ende Oktober 2010 und nach monatelangem politisch-medialen Druck setzte es endlich die ersten Hausdurchsuchungen im alpen-donau-Dunstkreis. Es waren maßgeblich die Recherchen von Antifaschist_innen, die den ehemaligen VAPO-Chef Gottfried Küssel, seine beiden Statthalter Felix Budin und Franz Radl jun. sowie eine Gruppe jüngerer Neonazis, davon viele mit (ehemals) burschenschaftlichem Hintergrund, spät aber doch ins Visier des Verfassungsschutzes geraten ließen.

Erst im Frühjahr 2011 kam es dann zur Verhaftung von Küssel, Budin und einem weiteren mutmaßlichen Drahtzieher der *alpen-donau*-Website. Ab Mai 2012 mussten sich die drei Neonazis vor einem Wiener Geschworenengericht verantworten, im Jänner dieses Jahres folgten die (noch nicht rechtskräftigen) Verurteilungen zu Haftstrafen zwischen vier-einhalb und neun Jahren.

Einer der Gründe für die auffällig späten Ermittlungsschläge dürfte in den behauptetermaßen guten Kontakten der Neonazis zu finden gewesen sein. Auch wenn die *alpen-donau*-Macher zu gespielter Sicherheit und Stärke angehalten waren, steckte in ihren Behauptungen wohl ein Körnchen Wahrheit. Dies gilt nicht nur für die Kontakte in den Polizeiapparat, mit denen man von Anfang an prahlte, sondern auch für die Verankerung im deutschnationalen oder burschenschaftlichen Milieu: »Glücklicherweise verfügen wir [...] über eine Reihe von Vereinigungen, von den national ausgerichteten Studen-

tenverbindungen, Turnerbünden bis hin zu Wander- und Naturschutzvereinen, kulturellen und gesellschaftlichen Zusammenschlüssen, in denen unsere Tradition hochgehalten wird.« Wie der burschenschaftliche Hintergrund einiger verdächtiger Neonazis waren auch die offensichtlich besten Kontakte zur FPÖ wiederholt Gegenstand der Kritik. Auf alpen-donau wurden diese Kontakte mit Stolz hervorgekehrt: »Zudem haben wir in der Freiheitlichen Partei Österreichs eine Vorfeldorganisation, die uns Unterschlupf gewährt und auf deren Strukturen wir zurückgreifen können.«

Wer darauf hoffte, dass die Justiz diesen und ähnlichen Behauptungen nachginge, wurde im alpen-donau-Prozess enttäuscht. Wie überhaupt die auffallend dünne Anklage es weitgehend vermied, die politischen Dimensionen und Hintergründe des Falles auszuleuchten, dementsprechend kurz war die Liste der geladenen Zeug_innen. Erst beim Schlussplädoyer des Staatsanwaltes bekam man den Eindruck, dass zumindest die Ausmaße der Menschenverachtung und Bedrohung, wie sie von alpen-donau ausgegangen war, endlich richtig eingeschätzt werden.

Schon Monate vor der polizeilichen Offensive gegen den alpen-donau-Dunskreis spaltete sich eine kleine Gruppe vorwiegend jüngerer Neonazis mit teilweise burschenschaftlichem Hintergrund ab und rief als Funke zum Kampf gegen den angeblich herrschenden »Kulturmarxismus« auf. Hier hält man sich nicht länger bei der schön zu redenden NS-Vergangenheit auf, sondern ergeht sich in offener Tradition des italienischen und osteuropäischen (Kollaborations-)Faschismus in wilder Ästhetisierung der Politik und des Männerbündischen. Auf der Erfolgswelle der antimuslimischen Modernisierung und damit der Normalisierung des Rassismus und unter dem Eindruck der verstärkten Repression begannen 2012 einige vormalige Neonazis und aktive Burschenschafter, die Gewalteskalation zurückzunehmen und sich als Identitäre neu zu organisieren. Diese machen heute vor allem im Internet und mit popkulturellen, bis dahin den Linken zugerechneten Aktionsformen auf sich aufmerksam. In ihren Versuchen, massentauglich zu werden, gehen die Identitären bis zur Verleugnung ihres Rassismus und ihrer politischen Herkunft – mittlerweile wollen sie nicht mal mehr als rechts gelten.

Während die gegenintellektuell-snobistischen Funke-/Identitäre-Recken als (kulturrevolutionäre) »Neue Rechte« posieren und vor allem an den Universitäten aktiv sind, andere – wie die jüngst aufgeflogene Oberösterreichische Nazi-Ban-

de *Objekt 21* – von der politischen zur organisierten Kriminalität schritten, setzen manche weiter auf den herkömmlichen Neonazismus. Im Internet sind letztere seit einiger Zeit unter dem Label *Stolz und Frei* vertreten. Die noch anonymen Betreiber dieser Webseite, die auffallende Ähnlichkeit zu Internetauftritten der AFP aufweist, haben dem »herrschenden System den Kampf angesagt«, halten sich aber momentan mit offenen (Mord-)Drohungen (noch) zurück.

Neben den Burschenschaften stellt der *Ring Freiheitlicher Jugend* (RFJ) in manchen Bundesländern ein Scharnier zwischen der FPÖ und dem Neonazismus dar. Entsprechend ihres »Frontkonzeptes« nützen letztere auch in Österreich die Strukturen der weltanschaulich nächstgelegenen Partei. In Tirol nahm dieser Entrismus von rechts solche Ausmaße an, dass die Landes-FPÖ im Frühjahr 2010 ihren eigenen Nachwuchs ausschließen musste. Und in Graz mussten sich 2012 acht bzw. zehn Neonazis, darunter mehrere (ehemalige) Aktivisten des örtlichen RFJ, nach dem Verbotsgesetz und wegen schwerer Körperverletzung vor Gericht verantworten.

Schon Ende 2010 sah sich der der steirische RFJ angesichts der zahlreichen Überschneidungen mit der Neonaziszene gezwungen, den Mitgliedern des Landesvorstandes eine »ehrenwörtliche Erklärung« abzuverlangen, wonach der/die Betreffende/n »zu keiner Zeit« mit den alpen-donau-Betreibern in Kontakt getreten sei bzw. keine Kommentare oder Beiträge im angeschlossenen Forum verfasst habe. Darüber hinaus wurden die RFJ-Kader angehalten zu unterschreiben, dass »alle mit dieser Internet-Seite in Zusammenhang stehenden Personen« den Betreffenden »unbekannt« seien. Dass sich eine derartige Erklärung (mit geschwärzter Unterschrift) kurz darauf auf alpen-donau fand, zeigt, wie stark die Verstrickungen mit der Neonaziszene sind.

DIE FPÖ UND DER NEONAZISMUS

Seit ihrer Gründung 1955 hat die FPÖ Probleme mit ihrem neonazistischen »Narrensaum« (MEP Andreas Mölzer). Orientiert sich die Parteispitze mehr Richtung politischer Mitte, quittieren dies Rechtsextreme mit Abspaltungen, so geschehen in den 1960er Jahren, als der Olympia-Burschenschafter Norbert Burger und die Seinen sich mit der neonazistischen Nationaldemokratischen Partei (NDP) selbständig machten. Über die Korporationen und ihr Organ *Die Aula* blieben die Neonazis jedoch mit der Mutterpartei verbunden. Nachdem es 1986 den Burschenschaftern gelungen war, die Macht in der Bundes-FPÖ zurück zu erobern und mit Jörg Haider einen

der Ihren als Obmann durchzusetzen, vereinigte sich die extreme Rechte wieder. Erst Ende der 1990er Jahre, als Haider mit Blick auf den künftigen Koalitionspartner unter anderem das Bekenntnis zur »deutschen Volksgemeinschaft« aus dem Parteiprogramm streichen ließ und eine personelle Frontbeogradigung durchsetzte, begann der innerparteiliche Frieden neuerlich zu brüchig zu werden. Aber solange die Haider-FPÖ von Wahlsieg zu Wahlsieg eilte, brachen die Fraktionskämpfe nicht offen aus. Erst rund um die Niederlage von 2002 sah sich die FPÖ neuerlich mit Austritten und in der Folge mit neuerlicher Spaltung konfrontiert.

Nachdem der auf die Futtertröge der politischen Macht fixierte und dementsprechend pragmatische Flügel um Haider sich 2005 als *Bündnis Zukunft Österreich* (BZÖ) von der Weltanschauungsgruppe um Heinz-Christian Strache getrennt hatte, wurde letztere, was sie bis Ende der 1990er Jahre war – eine von deutschvölkisch Korporierten dominierte rechtsextreme Partei mit zahlreichen personellen wie ideologischen Überschneidungen zum Neonazismus. Was 2003 schon unter Johann Gudenus im RFJ begann, die Integration von (ehemaligen) Neonazis, sollte sich nun in der Mutterpartei wiederholen und fortsetzen.

Der 2005 auf den Schild gehobene Strache personifiziert diese Entwicklung wie kaum ein anderer: Spielte er noch Ende der 1980er Jahre gemeinsam mit zum Teil amtsbekanntem Neonazis in Kärntner Wäldern Krieg gegen die »Bolschewisten«, will er kurz darauf gescheitert geworden sein, der Gewalt und seinen Kameraden abgeschworen haben und mit der FPÖ künftig auf legalem Weg an die Macht zu gelangen versuchen. Nun ist es tatsächlich zu begrüßen, wenn Neonazis ihren Irrweg einsehen und sich mäßigen – es muss aber die Frage erlaubt sein, ob und inwieweit die FPÖ und die ihr vorgelagerten Burschenschaften der geeignete Ort zu Resozialisierung dieser Ehemaligen sind. Dazu kommt die schon erwähnte Möglichkeit, dass Neonazis unterm Repressionsdruck gezielt in die FPÖ einsickern, dort Schutz finden und versuchen, die Partei noch weiter nach rechts zu führen.

So oder so, Faktum ist, dass unter der Obmannschaft Straches sich die Berichte über Neonazi-Verstrickungen zu häufen begannen – in einem Ausmaß, das sogar Österreichs oberster Verfassungsschützer Peter Gridling unlängst von einem »politischen Skandal« sprechen ließ. Zuletzt rückte diesbezüglich vor allem die Oberösterreichische FPÖ ins Zentrum des medialen Interesses: Ein FPÖ-Gemeinderat und RFJ-Be-

zirksobmann, der auf facebook Gedichte der Hitler Jugend veröffentlicht und im T-Shirt der Neonazi-Band *Ad Hominem* posiert. Ein FPÖ-Ortsparteiobmann und -Gemeinderat, der »Schindlers Liste« öffentlich als »jüdischen Propagandafilm« bezeichnet.

Oder ein weiterer FPÖ-Gemeinderat, der es unterlassen hatte, die Parteiführung über seine Vorstrafe zu informieren: Der damalige Neonazi war 2004 wegen gefährlicher Drohung zu einer bedingten Haftstrafe verurteilt worden, weil er zwei Jahre davor in einem E-Mail den damaligen wissenschaftlichen Leiter des DÖW, Wolfgang Neugebauer, mit dem Umbringen bedroht hatte. Schließlich der FPÖ-Klubchef im Linzer Gemeinderat, Sebastian Ortner: Der *Kurier* veröffentlichte Mitte April ein Video, das ihn Ende der 1980er Jahre bei einer der berüchtigten Wehrsportübungen von Küssels VAPO zeigt. Dass Ortner – mit seinem damaligen Namen Müllegger – auf einer Liste Küssels als VAPO-Kameradschaftsführerstellvertreter geführt wird, war bereits davor allgemein bekannt. Auch dass er Anfang der 1990er Jahre die neonazistische *Heimatverbundene Jugend – Kameradschaft Linz* angeführt hatte.

Ortner betonte jedoch stets, dass er wie sein Obmann mit dem Neonazismus gebrochen und seit Anfang der 1990er Jahre keine Kontakte in die Szene mehr gehabt hätte. Als dann publik wurde, dass er noch 1995 beim neonazistischen und kurz darauf behördlich aufgelösten Verein *Dichterstein Offenhausen* referiert hatte, meinte Ortner, dass sein Ausstieg eben einer in Etappen gewesen sei. So sah es auch die FPÖ-Landespitze, die Ortner weiterhin eine Chance zur Resozialisierung geben wollte. Nachdem dann aber der *Kurier* belegen konnte, dass der FPÖ-Politiker noch 2006 zu einem Treffen deutscher Neonazis nach Dresden gereist und dort vom NPD-Führungskader Holger Apfel mit Umarmung begrüßt worden war, musste Ortner alle Ämter zurück- und die FPÖ-Mitgliedschaft niederlegen.

Am Höhepunkt der jüngsten Neonazi-Skandalwelle in Oberösterreich sah sich FPÖ-Landesobmann Manfred Haimbuchner gezwungen, Maßnahmen gegen den »rechten Rand« zu versprechen: »Bevor man fragwürdige Leute aufstellt, ist es besser, niemanden aufzustellen. Ich werde aufräumen bei jenen Leuten, die am rechten Rand Probleme machen.« Aber Haimbuchners Versprechen hielt nicht einmal eine Woche: Nun behauptete er in einer Aussendung, die FPÖ habe kein Neonazi-Problem, sondern würde nur »von Linksextremisten ständig mit braunem Dreck beworfen«. Freiheitlicher *double*

speech: Ein paar Tage später antwortete derselbe Haimbuchner auf die Frage, warum »die nationalsozialistische Ideologie für freiheitliche Funktionäre so attraktiv« sei, dass es in der FPÖ »tatsächlich ein Problem« gibt, welchem »man sich stellen« müsse: »Jede Partei hat einen Narrensaum. Die FPÖ hat eben diesen Narrensaum, den gibt es. Bei uns schaut man natürlich – auch zu Recht – mit Argusaugen auf diesen Rechtsaußen-Rand. Ich gebe das offen zu, wir haben da ein Problem. [...] Aufgrund der Vorfälle von Knittelfeld (2002, Anm.) und der Spaltung der Partei (2005, Anm.) ist ein gewisses Vakuum geschaffen worden. In dieses Vakuum sind gewisse Personen eingedrungen.«

Solcher Eingeständnisse und der Tatsache, dass der neuerliche Rechtsruck der FPÖ mittlerweile auch im neuen Programm als Wiedereinführung des Bekenntnisses zur »deutschen Volksgemeinschaft« Niederschlag gefunden hat, zum Trotz weigern sich die meisten Medien, aber auch viele kritische Geister, die Partei als das zu bezeichnen, was sie ist – rechtsextrem. So zeigt sich im Nachhinein, wie problematisch es war, die Kritik an der FPÖ fast ausschließlich an der Person Haider fest zu machen. Nur mehr selten wird der Skandal heute offen angesprochen, etwa im Juni dieses Jahres, als ein Verteidiger zweier Neonazis, die sich gerade in Salzburg vor Gericht verantworten mussten, über die Hintergründe der Fanatisierung seines Mandanten meinte, dass eine »Quelle« für diese »die latente Ausländerfeindlichkeit [ist]. Wenn sie von einer legalen Partei zum Stimmenfang benutzt wird, darf man sich nicht wundern, wenn die Burschen nichts dabei finden, sie zur Schau zu tragen.«

DIE FPÖ IN DER KRISE

Dass die bis dahin so siegverwöhnten Freiheitlichen nach ihren – vor allem dem Antreten des autoritär-populistischen Team Stronach zuzuschreibenden – Niederlagen bei den Landtagswahlen in Kärnten, Niederösterreich und Tirol nun von neuerlich aufbrechenden, mehr persönlich denn politisch motivierten Fraktionskämpfen gebeutelt werden, kann angesichts ihrer wechselvollen Geschichte nicht überraschen. Auf den Burschenschafter-Buden machte zudem schon länger die Angst die Runde, dass Strache auf dem Weg zur politischen Macht gleich seinem einstigen Vorbild Haider zu viele inhaltliche und personelle Opfer bringen werde. Bei aller Einsicht in die wahltaktische Notwendigkeit, sich einen Agitator ohne allzu schmissigen Stallgeruch halten zu müssen, wollen die Völkischen 2005 nicht noch einmal die Partei gerettet haben, um dann wieder zusehen zu müssen, wie sie von narzisstischen

Glücksrittern und ideologiefernen Emporkömmlingen an die Wand gefahren wird. Unüberhörbar wurde ihre Unzufriedenheit erstmals 2010, als Strache unter größter Geheimhaltung nach Israel, dem Staat gewordenen Feind der Völkischen, reiste, wo er sich (vergeblich) um einen Koscher-Stempel seitens offizieller Stellen bemühte. Bereits davor stießen sich nicht wenige in der Partei daran, wie Strache im Bundespräsidentenwahlkampf der FPÖ-Kandidatin Barbara Rosenkranz in den Rücken fiel, nachdem sie öffentlich die Aufweichung oder gar partielle Abschaffung des NS-Verbotsgesetzes verlangt hatte. Die unter strengster Geheimhaltung zwischen Strache und den Kärntner Abtrünnigen im Juni 2010 verhandelte »Kooperation« sorgte ebenfalls für ein Rumoren unter »echten« Freiheitlichen, die sich überrumpelt fühlten. Deren Doyen Otto Scrinzi legte im Zorn über die putschartige Wiedervereinigung von FPÖ und FPÖ sogar seine Ehrenobmannschaft zurück. Auch ahnte er bereits, welch schweren Ballast Strache damit der FPÖ umgehängt hat.

Aber erst nach den jüngsten Wahlniederlagen brachen die Konflikte wieder offen aus, zuerst in Niederösterreich, wo Rosenkranz gegen ihren Widerstand den Vorsitz abgeben musste. Dass ihr Nachfolger Walter Rosenkranz, »Alter Herr« der Burschenschaft *Libertas*, die bereits 1878 »judenrein« war und 2006 den neonazistischen *Bund freier Jugend* (Bfj) mit einem »Förderpreis« auszeichnete, gerade mal 65 Prozent der Delegiertenstimmen auf sich vereinen konnte, verweist auf die anhaltende Spaltung in der niederösterreichischen FPÖ. In anderen Bundesländern sieht es nicht viel besser aus: Im Burgenland wurde Straches Statthalter Johann Tschürtz am letzten Parteitag mit gerade mal 71 Prozent als Obmann bestätigt, in Tirol musste mit Gerald Hauser ein weiterer Strache-Mann nach jahrelangen parteiinternen Machtkämpfen und der Wahlniederlage vom April dieses Jahres den Sessel für den deutschvölkisch Korporierten Markus Abwerzger räumen.


Einige Medien, allen voran das Boulevardblatt *Österreich*, das schon länger versucht, mit Strache und von diesem bestimmten bildhaften Inszenierungen Auflage zu machen, schreiben sich schon länger eine FPÖ nach ihrem Geschmack zu recht. Dazu behaupten sie etwa eine weltanschauliche Differenz zwischen dem Parteiobmann und der korporierten Entourage. Jüngst diente der (nicht ganz freiwillige) Rückzug Martin Grafs (*Olympia*) aus dem Nationalrat als Beleg für die These, nach welcher Strache den Einfluss der Burschenschafter in der FPÖ wieder zurückdrängen wollen würde. Obwohl

alle Beteiligten betonten, dass Grafs Rückzug kein Ausdruck von politischer Differenz sei, wollen es viele genau so sehen.

Gegen eine angeblich von Strache gewünschte und versuchte Mäßigung der FPÖ spricht auch die Listenerstellung zur Nationalratswahl im Herbst, finden sich an wählbarer Stelle neben der völkischen Übermutter Barbara Rosenkranz doch so einschlägig Belastete wie Reinhard E. Bösch oder Hans-Jörg Jenewein. Bösch holte sich seine Schmissee bei der Wiener Burschenschaft *Teutonia*, die nicht weniger weit rechts außen steht als die berühmte *Olympia*. Die *Teutonia* hielt noch in den späten 1960er Jahren das »Judentum« für eine »biologische, kulturelle und wirtschaftliche Gefahr« und galt in den frühen 1990er-Jahren aufgrund zahlreicher personeller Überschneidungen als korporierter Arm der neonazistischen VAPO. Jenewein wiederum referierte 2008 bei der bereits erwähnten AFP, der sogar vom Innenministerium attestiert wird, sie weise eine »ausgeprägte Affinität zum Nationalsozialismus« auf.

Auch Strache selbst machte deutlich, was von den kolportierten Behauptungen, die FPÖ würde in künftigen Wahlkämpfen etwas schaumgebremst agieren, zu halten ist: Hat er doch am Parteitag in Linz Mitte Juni angedroht, »als Kanzler dafür [zu] sorgen, eine Minuszuwanderung einzuführen« – also »Ausländer« ausweisen und deportieren zu wollen. Was die Stammklientel hören will, wollen (zu) viele Gegner_innen nicht wahrhaben. Notwendig wäre, sich offensiv mit dem Rassismus der Freiheitlichen auseinanderzusetzen und dabei vor der Erkenntnis nicht zurückzuschrecken, dass dieser mittlerweile mehrheitsfähig ist. Stattdessen droht der politische Gehalt der FPÖ unterschätzt zu werden und die Auseinandersetzung auf der Ebene fehlender Politikqualitäten geführt zu werden.

Beispielhaft dafür ist, wenn SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky vorwirft: »Sie sind eine Risikopartei und das ist das Problem. Sie fahren Zick-Zack-Kurse und stehen für nichts.« Vielerorts wird dann die Analyse der Ideologie und Inszenierung der FPÖ durch einen allgemeinen Alarmismus, der dauernd den Faschismus wiederkommen sieht, ersetzt. Das antifaschistische »Nie wieder!« wird aber zum Verbalradikalismus, wenn es nicht in einer Kritik an aktuellen Inhalten und Praxen der FPÖ konkretisiert wird. Zudem verstellt die Warnung vor der Wiederkehr des Faschismus den wachsamem Blick gegenüber den aktuell weitaus größeren Gefährdungen der Demokratie von oben, wie sie im Neoliberalismus von der Erklärung einer immer

umfangreicher werdenden politischen Materie zu nicht mehr verhandelbaren Sachzwängen ausgehen. Wer vom institutionellen Autoritarismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen. 

ANDREAS PEHAM

ist Rechtsextremismusexperte im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (döw). Die in diesem Text vorgenommenen politischen Wertungen stellen die Meinung des Autors und nicht die offizielle Position des döw dar.



ALAÏA.

AZZEDINE ALAÏA IM 21. JAHRHUNDERT
NRW-FORUM DÜSSELDORF

ALAÏA.

Azzedine Alaïa im 21. Jahrhundert NRW-Forum Düsseldorf

Bis 08. September 2013 wird das NRW-Forum Düsseldorf die Ausstellung »Alaïa. Azzedine« Alaïa im 21. Jahrhundert zeigen. Die Ausstellung präsentiert die herausragendsten Modeschöpfungen von Alaïa der letzten zehn Jahre. Jeder Ausstellungsraum widmet sich einem anderen Material, das Azzedine Alaïa im letzten Jahrzehnt durchgängig verwendet hat: Samt, Pelz, Wolle, Leder, Baumwolle, Tierhäute, Chiffon und Strick.

Azzedine Alaïa zählt zu den letzten bedeutenden lebenden Couturiers. Die Ausstellung konzentriert sich auf die Arbeiten Alaïas im 21. Jahrhundert. Der in Tunesien geborene Azzedine Alaïa ist einer der wichtigsten Modeschöpfer der vergangenen Jahrzehnte. Der Name Alaïa steht für Glanz, Sinnlichkeit, Stil, Schnitt, Selbstvertrauen, Komfort und – selbstverständlich – Sex-appeal. Seine enganliegenden Kleider umhüllen die Körper der weltweit verführerischsten und erfolgreichsten Frauen.

Die Monografie zur Ausstellung: Azzedine Alaïa in the 21st Century. Hardcover, 224 Seiten in englischer Sprache.

Die Ausstellung Alaïa. Azzedine Alaïa im 21. Jahrhundert wurde vom Kurator Mark Wilson / Groninger Museum, gestaltet. Die Ausstellungsobjekte hat Azzedine Alaïa bereitgestellt.

www.nrw-forum.de

Die vergessenen Bomben von rechts

Der Historiker Thomas Riegler erinnert in seinem Beitrag daran, dass bereits 1981/1982 – mehr als zehn Jahre vor dem Beginn des Briefbombenterrors – Österreich von einer rechtsextremen Attentatswelle erschüttert wurde. Im Unterschied zu den Taten von Franz Fuchs sind die insgesamt zehn ausgeführten und geplanten Anschläge in Vergessenheit geraten – vielleicht auch deswegen, weil es glücklicherweise nur Sachschaden, aber keine Toten und Verletzten gab. Dafür wurden die Radikalität der damaligen rechtsradikalen Szene und ihre Verbindungen hin zu politischen Repräsentanten sowie ausländischen Neonazis überdeutlich.

Begonnen hatte der Terror am 26. September 1981: Auf dem Nachbargrundstück von Edmund Reiss, dem Vizepräsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde, wurde ein Sprengkörper gezündet. Der nächste Schlag erfolgte am 4. Februar 1982 – vor der Wohnung von Oberrabbiner Akiba Eisenberg in der Wiener Innenstadt wurde eine Rohrbombe per Zündschnur zur Explosion gebracht. Dann geriet »Nazijäger« Simon Wiesenthal ins Visier: Fenster gingen zu Bruch und Türen wurden aus den Angeln gerissen, als am 11. Juni 1982 vor seiner Haustür in Wien-Döbling ein mit Schwarzpulver gefüllter Kochtopf hochging.

Wenige Wochen später, am 28. Juli 1982, wurden die Bewohner der Salzburger Altstadt aus dem Schlaf gerissen. Vor der Auslage der »Schöps«-Filiale in der Getreidegasse war gegen 22 Uhr eine Rohrbombe detoniert. Am Tatort wurde ein Dutzend Flugblätter mit antisemitischen Parolen und Zeichnungen gefunden – die Hetze richtete sich gegen den jüdischen Inhaber der Textilkette, Leopold Böhm. Nur drei Tage später wurde auch das Portal und die Fensterscheiben einer »Schöps«-Filiale in Wien-Ottakring bei einer weiteren Explosion beschädigt. Am 25. September 1982 war es erneut eine Kochtopfbombe, die vor der Wohnung von Alexander Giese in der Wiener Wohllebengasse explodierte. Giese war nicht nur Leiter der ORF-Wissenschaftsredaktion, sondern auch Chef der österreichischen Freimaurer und Mitglied in der österreichisch-israelischen Gesellschaft. Den Schlusspunkt bildete der Fund einer Rohrbombe in einem Gebüsch neben

einem Kindergarten am Wiener Rudolfsplatz. Nur ein Fehler in der Zündelektronik hatte ein mögliches Blutbad verhindert. Wäre es zur Explosion gekommen, wären im Umkreis von 30 Metern Menschenleben ausgelöscht worden.

AUF DEM RECHTEN AUGE BLIND?

Wiesenthal übte nach dem Anschlag gegen seine Person Kritik: Die Staatspolizei sei auf den palästinensischen Terrorismus »fixiert« und habe gegen die Gefahr von rechts »kaum etwas getan«. Erwin Lanc, zwischen 1977 und 1983 Innenminister, kann diese Kritik nur teilweise akzeptieren: »Vor meinem Amtsantritt gab es sowohl an der Spitze als auch in der Beamten-schaft Leute, die irgendwie gehemmt waren, das zu sehen, was schon offensichtlich war. Von ihrem persönlichen Erleben her hatten sie zu viel Verständnis, anstatt hier durchzugreifen. Es war eine belastete Generation, die da an den Schaltstellen saß.« Lanc selbst hatte mit Robert Danzinger einen Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, »der bis zum Schluss Kriegsdienst geleistet hat und den ganzen Wahnsinn erlebt und verarbeitet hat. Er hat wie der Großteil der Soldaten, die den Krieg überlebt hat, alles andere im Sinn gehabt, als irgendetwas zu unterstützen, was wieder zu einem solchen Regime führen kann. Danzinger hatte – so wie ich – einen anderen Zugang, als jene, die um einige Jahre älter und vielleicht noch irgendwo in der Maschinerie des NS-Regime ein Rädchen gewesen waren.«

1979 hatte das *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands* (DÖW) einen ersten fundierten Überblick über

die rechte Szene geliefert. Lanc hatte die Publikation von »Rechtsextremismus in Österreich nach 1945« nicht nur unterstützt, die Erkenntnisse daraus wurden auch genutzt: »Wir haben versucht, möglichst viel Material zu sammeln, um auch eine Grundlage dafür zu haben, wie man am besten vorgeht. Denn ich war immer der Meinung, dass Probleme nicht mit Gewalt, Waffen und Gerichtsverfahren zu lösen sind. Diese sind zwar auch in entsprechenden Fällen notwendig, aber das Entscheidende ist, zu erkennen, wo man politisch ansetzen muss.«

Nationale Terrorbekämpfung sei in Österreich bis heute »Faschismusbekämpfung im weitesten Sinne« – »da heißt es, zunächst nach den Ursachen der Verhaltensweise der Akteure zu forschen und auf dieser Basis, die richtige Strategie zu wählen.« Im Großen und Ganzen sei es dem Innenministerium gelungen – »ohne unnötige Aufmerksamkeit zu erregen« – die Basis der rechtsextremen Vereinigungen einzuschränken. Lanc bedauert es aber bis heute, dass dies im Bereich der schlagenden Burschenschaften nicht gelang: »Die haben sich nach diesen Rückschlägen wieder erholt und sind im Zuge des Aufstiegs der FPÖ wieder hoffähig geworden.«

KREISKY: »MIT GANZER HÄRTE GEGEN DIE ATTENTÄTER«

Als sich die Terrorwelle im Sommer 1982 zuspitzte, reagierte die Öffentlichkeit zunehmend verunsichert. Aus seinem Urlaubsdomizil auf Mallorca kündigte Bundeskanzler Bruno Kreisky am 4. August 1982 an, mit »ganzer Härte« gegen die Attentäter vorzugehen: »Wir sind gebrannte Kinder, die schon einmal erlebt haben, wie ein Staat destabilisiert wurde, und wir werden das nicht noch einmal zulassen.« Nur einen Tag später war der Spuk auch schon vorüber – ausgerechnet der Chef der rechtsextremen *Nationaldemokratischen Partei* (NDP), Norbert Burger, hatte den angeblichen Haupttäter ausgeliefert – den westdeutschen Neonazi Ekkehard Weil, der 1970 notorische Bekanntheit erlangt hatte, als er einen sowjetischen Soldaten beim West-Berliner Ehrenmal mit einem Lungendurchschuss schwer verletzte.

Nach Burgers ungewöhnlichem Schritt wurde jedoch mehr und mehr ersichtlich, dass der Bombenleger über zahlreiche Helfer in der NDP und anderen rechtsradikalen Kleingruppen verfügt hatte. Burgers Beteuerungen, einem »Ostagenten« oder »Stapo-Spitzel« auf die Schliche gekommen zu sein, wurden massiv angezweifelt. Vielmehr bestand der Eindruck, dass Burger quasi in letzter Minute die Flucht nach vorne ergriffen hatte.

NORBERT BURGER – SCHLÜSSELFIGUR DES ÖSTERREICHISCHEN RECHTSEXTREMISMUS

Der 1929 geborene Burger konnte auf eine bemerkenswerte Laufbahn zurückblicken: 1944 hatte er sich mit 15 Jahren freiwillig zum Fronteinsatz gemeldet und angeblich an Erschießungen teilgenommen. Der begeisterte Burschenschafter gründete 1953 den *Ring Freiheitlicher Studenten*, studierte Rechtswissenschaften und brachte es zum Universitätsassistenten in Innsbruck. In den 1960er-Jahren war Burger tief in den Südtirolterror verstrickt. Von ihm rekrutierte junge Attentäter gingen 1961 auf den sogenannten »Kinderkreuzzug«, um den Terror nach Italien zu tragen. Die mitgeführten Molotowcocktails explodierten aber teilweise vorzeitig und verletzten einen der Aktivsten schwer. Später soll Burger in tödliche Attentate gegen italienische Züge und Bahnhöfe verwickelt gewesen sein – dafür wurde er in Italien in Abwesenheit zu 28 Jahren Haft verurteilt. Burgers politischer Karriere tat dies keinen Abbruch: 1963 aus der FPÖ ausgetreten, gründete er vier Jahre später die NDP, deren Programm im Wesentlichen mit den Zielen der NSDAP übereinstimmte, wie der Verfassungsgerichtshof später feststellte. Bis zur behördlichen Auflösung 1988 war die NDP ein zentrales Sammelbecken der Rechten: Gerd Honsik, Gottfried Küssel oder Walter Ochsenberger – sie alle waren irgendwann einmal mit Burger verbunden.

Rund um die NDP existierte ein regelrechtes Netzwerk an rechtsextremen Gruppen: Die *Nationale Front*, die *Nationalistische Front*, die *Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik* mit ihrer *Wehrsportgruppe Trenck*, die *Kameradschaft Babenberg*, der *Nationalistische Bund Nordland* oder die *Aktion Neue Rechte* (ANR). Vor allem die ANR machte in den 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre auf sich aufmerksam: Die Truppe um Bruno Haas legte Waffenlager an, zettelte Schlägereien an und hielt »Ehrenwachen« an den Gräbern von Nazi-Größen ab.

Burger hatte aber auch Kontakte zu FPÖ-Spitzen: Als junger Nationalratsabgeordneter trat Jörg Haider Ende der 1970er-Jahre mit ihm bei einem Burschenschafter-Kommers in Krumpendorf auf. Ein ARD-Team filmte mit, als man gemeinsam das NS-Lied »Wenn alle untreu werden« sang. Haider stritt danach alles ab: »Norbert Burger? Ich hob den gar nicht zu G'sicht bekommen.« 1988 traf sich Haider mit Burger im Haus des FPÖ-Rechtsaußen Otto Scrinzi in Moosburg, um über gemeinsame Aktionen zur 50-jährigen Wiederkehr des Anschlusses zu beraten. Für Heinz-Christian Strache wiederum soll Burger eine Art Vaterersatz gewesen sein. Strache war von 1987 bis 1991 mit dessen Tochter Gudrun verlobt.

BURGER, DIE NDP UND DIE »AFFÄRE WEIL«

Die »Affäre Weil« kam für Burger und die NDP zum ungünstigsten Zeitpunkt. Bei der Bundespräsidentenwahl 1980 hatte er unter dem Slogan »Gegen Überfremdung – für ein deutsches Österreich« immerhin 3,1 Prozent der Stimmen geholt. Allerdings wurde ein Jahr später bekannt, dass einige der Unterstützungserklärungen von Obdachlosen gekauft worden waren. Das hinderte Burger nicht daran, den »Marsch durch die Institutionen«, also den Einzug in Landtage, zu versuchen. Am 3. Oktober 1982 standen die Landtagswahlen im Burgenland bevor und mit nur 6.000 notwendigen Stimmen lag ein Mandat greifbar nahe.

Dabei hatte Burger, wie sich Erwin Lanc im Interview erinnert, lange Zeit den Terrorismus als einzig probates Mittel gesehen, um seine Rechtaußen-Ansichten durchzusetzen: »Aber nach dem Ergebnis bei der Bundespräsidentenwahl haben die NDP und er plötzlich die Möglichkeit gesehen, legal in die Machtstrukturen einzugreifen und sich ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen. Davor hat es sicher Kontakte zu den Kreisen der Bombenleger gegeben sowie eine starke Achse zu dem deutschen Verleger Gerhard Frey, der damals ein Kristallisationspunkt für die rechtsextreme Szene war.«

Dass NDP-Funktionäre und Parteigänger den Attentäter Weil über längere Zeit unterstützt hatten, passte nicht in Burgers Konzept, seiner Partei einen respektablen Anstrich zu verleihen. War doch Weil, nachdem er 1979 während eines Hafturlaubs aus der BRD nach Österreich geflüchtet war, in Salzburg und in Wien mit NDP-Leuten in Kontakt gestanden. Der 23-jährige NDP-Aktivist Attila Bajtsy hatte für Weil in seinem Wohnhaus 50 kg und unter einer Salzburger Brücke weitere 125 kg Sprengstoff verwahrt. Darüber hinaus hatte er die antisemitischen Flugblätter hergestellt.

Wie sich herausstellte war Bajtsy beim Salzburger NDP-Landessprecher Fritz Rebhandl ein- und ausgegangen. Zwei weitere NDP-Männer leisteten beim Einbruch in das Sprengstoffdepot des Steinbruchs in Grödig tatkräftige Hilfe. 300 kg Schwarzpulver waren dabei entwendet worden. Das Schweißgerät, mit dem das Depot geknackt worden war, wurde später in der Wohnung von Hermann Plessl gefunden, zu der Weil auch einen Schlüssel besaß. Plessl, selbst lange NDP-Mitglied, hatte Ende der 1970er-Jahre den *Nationalistischen Bund Nordland* gegründet. Quartiergeber Weils in Wien wiederum war Karl Dworak, ein Mitglied der *Kameradschaft Babenberger*, de-

ren Gründer, Arthur Maichanitsch, Weils erste Kontaktperson in Österreich gewesen war.

Zuletzt war der Deutsche von Wien aus über Wiener Neustadt nach Eberau ins Burgenland gebracht worden, wo er sich im Zweithaus von Gernot Moser, dem NDP-Spitzenkandidaten im Burgenland, verbarg. Da die Staatspolizei zu diesem Zeitpunkt bereits die Fahndung aufgenommen hatte, war es für Burger höchst an der Zeit, die »heiße Kartoffel« endlich fallenzulassen. Weil wurde am 5. August 1982 bei Mönichkirchen verhaftet – nachdem der NDP-Chef zuvor mit dem zuständigen Untersuchungsrichter gesprochen hatte. Das mag auch ein Grund gewesen sein, warum Burger und sein Umfeld bei den darauffolgenden Ermittlungen der Justiz weitgehend ungeschoren blieben. 1983/1984 standen neun mutmaßliche Attentäter vor Gericht. Die Urteile fielen mild aus: Weil kassierte mit fünf Jahren die längste Strafe – lediglich die »Schöps«-Bomben wurden ihm nachgewiesen.

Burgers Distanzierungsversuch ging dafür nicht auf – bei den bereits erwähnten burgenländischen Wahlen 1983 entfielen nur 401 Stimmen (oder 0,2 Prozent) auf die NDP. Selbst im eigenen Lager schwand der Rückhalt für Burger, weil man ihm den »Verrat« an Weil übelnahm. In der Folge verlor Burger stetig an Boden, während der Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider begann. Zahlreiche Spaltungen und Austritte beschleunigten den Niedergang der NDP. Als die Partei 1988 verboten wurde, hatte sie ihre frühere Vormachtsstellung im rechten Lager längst verspielt. Burger verstarb schließlich 1992 – nicht ohne als »aufrechter Mann« und »beharrlicher Kämpfer für Deutschlands Ehre« im Inseratenteil der *Kronen Zeitung* gewürdigt zu werden.

UDO ALBRECHT

Auf Basis neuer Dokumente muss Burgers Biografie um ein Element ergänzt werden. Und zwar war schon 1976 geplant gewesen, Wiesenthal zu ermorden. Im Zentrum des Komplots stand neben Burger eine schillernde Figur aus der deutschen Neonaziszene: Udo Albrecht. 1940 in Ostdeutschland geboren und später in den Westen geflohen, war dieser seit dem 16. Lebensjahr in Diebstahl, Bankraub und Waffenhandel verstrickt. Der Schwerekriminelle war darüber hinaus ein Neonazi, der eine Vision verfolgte: An der Seite der Palästinenser den Kampf gegen den »Zionismus« und Israel zu führen. Es blieb nicht bei Tagträumereien. 1970 ging Albrecht für fünf Monate nach Beirut, wo ihn die PLO mit offenen Armen aufnahm. Unter dem Kampfnamen »Hermann Hell« über-

nahm er immer wieder »Jobs« für die Palästinenser, so etwa die Vorbereitung von Anschlägen in Europa.

Albrecht steht wie kein anderer für die auf den ersten Blick bizarr anmutende Achse zwischen Rechtsradikalen und palästinensischen Terroristen. Doch so unterschiedlich die ideologischen Zugänge sein mochten, Antisemitismus einete die ungleichen Partner. Albrecht sei der Auffassung, »dass der Zionismus der ›Weltfeind Nummer eins‹ sei und gewaltvoll bekämpft werden müsse.« Das war die Einschätzung der DDR-Staatsicherheit, die Albrecht nach seiner Flucht 1981 hinter den Eisernen Vorhang ausführlich verhörte. Albrecht gab auch an, wie es ihn in eine österreichische Gefängniszelle verschlagen hatte: Im Dezember 1970 hatte er im Auftrag der *El Fatah*, Jassir Arafats eigener Gruppe im Rahmen der PLO, Sprengstoff nach Zürich geschmuggelt. Dieser sollte für ein Attentat auf die israelische Botschaft verwendet werden. Noch im Hotel klickten die Handschellen. Vier Wochen später entkam Albrecht aus der Haft und schlug sich bis nach Niederösterreich, wo er verhaftet wurde. Um der Auslieferung an die BRD zu entgehen, stellte Albrecht einen Asylantrag, der freilich abgelehnt wurde.

Da schlug plötzlich Interpol Alarm: Aus Wiesbaden kam die Meldung, »dass Albrecht Verbindungen zur Terrororganisation *El Fatah* hat und von Mitglieder dieser Organisation aus der Haft befreit werden soll«. Daraufhin wurde Albrecht am 1. August 1972 nach Stein überstellt. Die Haftbedingungen wurden erheblich verschärft, sodass er selbst ein halbes Jahr nicht wusste, wo er sich eigentlich befand. Die Befreiungspläne waren unterdessen vorangeschritten. Albrechts gute Verbindungen nach Beirut hatten sich bezahlt gemacht. Abu Daoud, Spitzenmann des PLO-Geheimdienstes für internationale Einsätze, traf sich mit Albrechts Helfer Willi Voss, in einem Dortmunder Hotel. Angesprochen auf Albrechts missliche Lage, lächelte Daoud »sybillinisch« und verwies auf die nahe Zukunft, »die die Lösung auch für dieses Problem bringen würde«.

Daoud befand sich damals noch aus einem anderen Grund in Deutschland: Er bereitete den Anschlag auf die Olympischen Spiele in München vor. Voss, der Daoud als Fahrer diente und logistisch unterstützte, vergaß darüber nicht auf Albrecht. Anfang August 1972 legte er dem PLO-Geheimdienstchef Abu Iyad den entsprechenden Plan vor: »Ich bat ihn, mir die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Er willigt ein.« Wie Albrecht später erfuhr, wurden diese Absprachen

»unter nicht bekannten Umständen« verraten. Zumindest mit der Haft in Stein war es vorbei – nach den Drohungen wollte man ihn »so schnell wie möglich« loswerden. An die BRD ausgeliefert, gelang schon 1974 die Flucht.


»WELTWEITER ANTIZIONISTISCHER KAMPF«

Danach unterhielt Albrecht Verbindungen zu Rechtsextremisten in ganz Europa – so auch nach Österreich. Ein wichtiger Grund hierfür war, dass – wie bereits erwähnt – ein Anschlag auf Wiesenthal geplant wurde. Albrecht traf sich 1976 in Wien mehrmals mit Burger. Dieser machte ihn mit dem Leiter einer Wehrsportgruppe bekannt. Weil sich diese konspirativ verhielt, erfuhr Albrecht weder den Namen des Manns noch den seiner Einheit. Es könnte sich um die *Kameradschaft Babenberg* handeln, die mit Burgers NDP eng verbunden war und auch den Attentäter Weil unterstützt hatte. Auch nach der behördlichen Auflösung 1980 führte die Neonazitruppe auf dem Lindenhof bei Rapottenstein noch paramilitärische Übungen durch – die als »knallharte Freizeitbeschäftigung« verharmlost wurden. Die »Babenberger«, zu denen damals auch ein junger Gottfried Küssel zählte, forderten die »nationale Revolution« und trainierten für eine Zukunft, »die zeigen wird, wer der Stärkere ist«.

Albrecht und seine Kontaktleute vereinbarten, »dass er in Österreich eine Gruppe zusammenstellt, die geschlossen auf Seiten der PLO gegen Israel kämpfen soll«. Der Deutsche übergab eine Maschinepistole, mehrere Pistolen, »eine oder mehrere amerikanische Handgranaten« sowie eine Anzahl von Passvordrucken. Waffen und Dokumente wurden anschließend in der Nähe von Burgers niederösterreichischer Heimatgemeinde Kirchberg am Wechsel, versteckt: »Der Leiter der österreichischen Gruppe wurde von mir aufgefordert, zu Dr. Burger zu kommen, und ich zeigte ihm dann die Stelle, an der die Waffen und Dokumente von uns vergraben worden waren.« Wie Albrecht erfuhr, waren bereits »konkrete Vorbereitungen und Erkundungen« für das Attentat auf Wiesenthal durchgeführt worden. Der Deutsche war jedenfalls bereit, dafür die Waffen zur Verfügung zu stellen.

Aus dem geplanten Einsatz der österreichischen Gruppe im Libanon wurde zu seinem Bedauern aber nichts. Dafür geriet Wiesenthal im Rahmen der Anschlagswelle 1982 sehr wohl ins Fadenkreuz der Rechtsextremisten. Auch an dieser Stelle schließen sich auch die Kreise: Haupttäter Weil hatte schon 1975 im Auftrag von Albrecht ausrangierte Bundeswehr-Lkws an die PLO geliefert.

1980 saß Albrecht wieder in deutscher Haft – wegen einer Reihe von Banküberfällen. Am 29. Juli 1981 schaffte er sein letztes Glanzstück als Ausbrecher – während eines Lokalaugenscheins an der innerdeutschen Grenze lief Albrecht ganz einfach über die Staatsgrenze. Die DDR-Grenzer stoppten die Verfolger. Die Stasi schöpfte danach so viel Information wie möglich über die rechte Szene ab. Am 8. August 1981 übergab man Albrecht zwei Vertretern des PLO-Geheimdienstes. Mit einem libyschen Reisepass ausgestattet flog dieser anschließend nach Damaskus. Über seinen weiteren Verbleib ist nichts bekannt.

Die rechtsextreme Szene dagegen sendet zuletzt wieder deutliche Lebenszeichen aus: 2013 wurde in Oberösterreich ein kriminelles Netzwerk mit teils rechtsextremem Hintergrund zerschlagen worden (*Objekt 21*). Beklemmender Befund eines deutschen Undercover-Journalisten, der auch die Neonazi-Szene in Österreich recherchiert: »Die Nazi-Szene boomt!« 



ALAÏA.
AZZEDINE ALAÏA IM 21. JAHRHUNDERT
NRW-FORUM DÜSSELDORF

Gender Pay Gap

Helga Hieden-Sommer setzt sich kritisch mit der »Verharmlosung« des Gender Pay Gap in Teilen der veröffentlichten Meinung auseinander. Gleichzeitig fordert sie, in der Debatte um Einkommensunterschiede und Geschlechterverhältnisse andere soziale Strukturen und politische Machtverhältnisse mit in den Blick zu nehmen und Entwicklungen auf der Makroebene tiefgehend zu analysieren

Seit Jahren werden in Österreich aktuelle Daten zum durchschnittlichen Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern in unselbständiger Erwerbstätigkeit veröffentlicht. Trotz Maßnahmen zur Gleichstellung und obwohl Frauen eine bessere Ausbildung aufweisen, insgesamt weniger Kinder haben und vielfach die Berufstätigkeit für kürzere Zeit unterbrechen, hat sich die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern nicht wesentlich verändert. Steigende Lohnunterschiede, Privatisierungen und der Versuch, auch in Österreich kollektive Lohnvereinbarungen zurückzudrängen, kompensieren die positiven Maßnahmen und Entwicklungen weitgehend. Schwankungen des jeweils berechneten relativen Einkommensnachteils von Frauen hängen zudem von der Einkommensdefinition und der Einkommensermittlung ab (Brutto- bzw. Nettoeinkommen, Lohnsteuer- bzw. Sozialversicherungsstatistik, Durchschnitts- bzw. Medianeinkommen etc.).

GENDER PAY GAP IN DER VERÖFFENTLICHTEN MEINUNG

Neuerlich konzentriert sich die Diskussion auf den *Gender Pay Gap*, die Geschlechtereinkommenslücke. Der Gender Pay Gap gilt als Diskriminierungsmaß von Gruppen; er wird als die relative Differenz (in Prozenten) zwischen dem durchschnittlichen Bruttostundenlohn von Frauen und Männern definiert.¹ Als 2012 Frauenpolitikerinnen den aktuell berechneten Gender Pay Gap von 25 Prozent für Österreich thematisierten, behaupteten Journalisten – in Übereinstimmung mit einer auf EU-Ebene angewandten Methode –, die tatsächliche Diskriminierung wegen des Geschlechts betrage »nur« zwischen 8 und 12 Prozent; man müsse »erklärbare« Unterschiede heraus-

rechnen, etwa Qualifikation, Branche, Teilzeitbeschäftigung, Einfluss der öffentlichen Hand. Nur der »bereinigte« Rest könne Diskriminierung wegen des Geschlechts sein. Nur die »bereinigte« Lohnschere als ungerecht gelten zu lassen, ist Realitätsverweigerung. Es muss zumindest überlegt werden, ob die einzelnen »erklärbaren« Gründe gesellschaftlich gewünscht sind, ob sie durch ökonomische Strukturen und/oder gesetzliche Festlegungen gefördert oder erzeugt werden, und ob es gerechtfertigt ist, dass Frauen insgesamt gesehen über wesentlich weniger Geld verfügen als Männer insgesamt, und dass dadurch viele Frauen wirtschaftlich vom Mann und/oder von sozialstaatlichen Leistungen abhängig werden.

Der erklärbare Grund Teilzeitbeschäftigung zeigt die Realitätsverweigerung besonders deutlich: Die meisten teilzeitbeschäftigten Frauen führen den Haushalt und versorgen Kinder. Sie arbeiten im Regelfall nicht weniger Stunden als die meisten Männer, oft sind sie überbelastet. Die lebensnotwendigen Konsumarbeiten, die Sorge für Essen, Kleidung und Wohnen, sowie die Kinderbetreuung – kurz: alle Versorgungsarbeiten im privaten Haushalt – sind jedoch nach der herrschenden kapitalistischen Ökonomie keine Arbeit, kein Teil des Wirtschaftssystems industrieller Gesellschaften. Sie spielen daher auf der Makroebene industrieller Gesellschaften weder bei Planungen oder Produktivitätsberechnungen wie dem Bruttoinlandsprodukt oder Aktienindizes eine Rolle.

Die Begriffe »Arbeit« und »Wirtschaft« werden durch theoretische und praktische Experten der offiziellen Ökonomie auf Tätigkeiten zur Produktion von Gütern und Dienstleistungen in Unternehmen/Betrieben eingeschränkt, also auf

den Erwerbsbereich. Zudem werden diese Begriffsdefinitionen von anderen Wissenschaftsdisziplinen übernommen. So heißt es in einem Beitrag zur »Zeitpolitik für Familien« in »beziehungsweise«, dem vom Österreichischen Institut für Familienforschung der Universität Wien herausgegebenen Informationsdienst vom Mai 2012: »Nach der Geburt vom Kindern reduzieren Mütter häufig ihre wöchentliche Arbeitszeit, während Männer eher mehr arbeiten.« Außerdem bildet dieser Arbeitsbegriff die Grundlage des Sprachgebrauchs im Alltag und wird so eine kulturelle Selbstverständlichkeit, die Wahrnehmen, Denken und Handeln bestimmt.

In der vorindustriellen, ständischen Wirtschafts- und Familienverfassung waren die Funktionen des Wirtschaftens, der Versorgung von Kindern und der sozialen Sicherung in der hauswirtschaftlichen Einheit, zu der auch das Gesinde gehörte, klassen- und geschlechterspezifisch zusammengefasst. Die politisch-rechtliche Sicherung der ständischen Eigentumsordnung bestimmte, wer für wen arbeitete, wer wie viel vom erarbeiteten Produkt erhielt, und ob ihr oder ihm eine Familiengründung gestattet wurde.² Eine besondere Rolle innerhalb des historischen Wandels zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft spielte die Gewährung der Ehe- und Familienfähigkeit an Besitzlose und damit einhergehend die Sicherung weiblicher Arbeitskraft für alltägliche Dienstleistungsarbeiten als Ersatz für die Dienstboten der ständischen Gesellschaft.

Für die Makroebene kapitalistischer Gesellschaften war nach John K. Galbraith die damit verbundene Umdeutung der Dienstbotenarbeiten in quasi natürliche Dienstleistungen der Frau aus »Liebe« – die Erfindung »der Hausfrau« – eine ökonomische Leistung ersten Ranges. Diese Umdeutung zur weiblichen Tugend durch die neoklassische Nationalökonomie und die Definition des Haushalts als Privatbereich waren wichtig, weil »die Vorstellung, dass unser Wirtschaftsgefüge ungefähr die Hälfte der Erwachsenen zu einem untergeordnetem Status zwingt, ... sich nicht leicht verfechten (lässt).«³ (Im Wandel zum globalen kapitalistischen Markt sichert in entwickelten Marktwirtschaften die internationale Arbeitsteilung die Arbeitskräfte für Dienstleistungen, die das Kapital kaum wachsen lassen und daher schlecht bezahlt werden, wie z.B. Altenpflegerinnen, Zimmermädchen in Hotels, etc.).

ÖFFENTLICH – PRIVAT⁴

Als Folge der Spezialisierung der Produktion finden Erwerbsarbeit und Konsumarbeit im Regelfall in örtlich getrennten Bereichen statt: in Betrieben, die das Erwerbssystem bilden,

und in (Familien-) Haushalten, in denen die versorgungsökonomischen Leistungen – Konsumarbeit (Hausarbeit) und Betreuungsarbeit – erbracht werden.

Für das tägliche Überleben in der arbeitsteiligen bürgerlich-kapitalistisch-industriellen Gesellschaft ist Geld als Tauschmittel für den Erwerb von Waren und Dienstleistungen erforderlich. Das notwendige Geld erhalten die erwachsenen Menschen im Regelfall durch Erwerbsarbeit, aber auch durch ein Sozialeinkommen, als Unterhalt vom Ehepartner⁵ oder aus Vermögenserträgen. Für den unmittelbaren Lebenserhalt sind alle Menschen auch auf das Erbringen von Konsumarbeiten, meist Hausarbeit genannt, angewiesen – die Sorge für Essen, Kleidung und Wohnen, das Einkaufen und Lagern von Gütern usw.

Die bürgerliche geschlechtsbezogene Arbeitsteilung in den Familienhaushalten als Folge der Trennung in die beiden wirtschaftlichen Strukturen Haushalt und Betrieb wird im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch – im ABGB – durch die ihnen zugeordneten politischen Kategorien »privat« und »öffentlich« ergänzt. Das Geschlechterverhältnis im Haushalt wird oft als private Beziehungsangelegenheit bezeichnet; dass es eine gesellschaftliche Organisationsform zur praktisch notwendigen Verbindung der getrennten Wirtschaftsbereiche ist, dem privaten Haushalt – zuständig für die Versorgungsarbeiten –, und dem Betrieb – dem öffentlichen Erwerbsbereich – wird verschwiegen oder übersehen.

Eine zweite mit der Ökonomie in Zusammenhang stehende Grenzziehung gewinnt im neoliberalen Kapitalismus an Bedeutung – die zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem politischen Staat. Die politische Bedeutsamkeit der Ausweitung des »Privaten« im öffentlichen Raum liegt in dem Umstand, dass »das Private« nach verbreitetem Verständnis nicht der öffentlichen Diskussion unterliegen soll. Entscheidungen für ein privates Unternehmen werden nämlich als rein private Angelegenheit der Manager und der Eigentümer betrachtet, ähnlich wie die Arbeitsteilung in den Familienhaushalten. Ein Glaube, der offensichtlich auch der in der Politikwissenschaft gängigen Eingrenzung des Politischen auf das sogenannte politische System – Parlament, Regierung, Parteien – zu Grunde liegt.

Dazu kommt die Auffassung, Wahrheit sei das Ziel und das Instrument der Wissenschaft, Macht das »der Politik«. Wenn Experten – Ökonomen, Verfassungsrichter, Sozial-

wissenschaftler, Universitätsprofessoren, Vertreter der Kirchen etc. – öffentlich oder in Gutachten Stellung nehmen, glauben viele Menschen, dass diese Personen außerhalb politischer Interessensauseinandersetzungen stehen. Die von ihnen vertretenen Auffassungen und von ihnen definierte Begriffe werden daher für objektiv zutreffend gehalten.

In Wirklichkeit repräsentieren sie verborgene Mechanismen der Macht.⁶

Eine dritte, besonders für Frauen nachteilige Sicht des »Privaten« gewinnt zunehmend an Bedeutung: Wie andere Befreiungsbewegungen verfolgt auch die Frauenbewegung das Ziel der Selbstbestimmung, nämlich Befreiung aus Unterordnung und aus Zwängen. Heute erfolgt im neoliberalen Konzept des Staates Privatisierung nicht nur als Neuverteilung von Einkommen und Vermögen hin zu den Wohlhabenden, sondern mit dem Blick auf Frauen wird Privatisierung im Sinne von Selbstbestimmung umgedeutet. Das heißt, gesellschaftliche Probleme werden »privatisiert«. So wird zum Beispiel die Verantwortung für Kinder oder die Pflege alter Menschen zwar öffentlich als gesellschaftlich wichtig diskutiert, Lösungsvorschläge werden aber auf die private Selbstbestimmung/-verantwortung ausgerichtet.

So haben Transferzahlungen oder sogar private steuerliche Förderung gegenüber Leistungen durch öffentliche oder öffentlich geförderte Infrastrukturen Vorrang. So wurde die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes (2002) als Maßnahme gepriesen, die Frauen die »Wahlfreiheit« bietet, das Kind entweder selbst zu betreuen oder fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen und erwerbstätig zu sein.

Der gesellschaftlichen Verantwortung für eine qualitativ gute Betreuung aller Kinder scheint damit Genüge getan. Die öffentliche Förderung von qualifizierten Kindertagesstätten, die auch für die unteren und mittleren Einkommensgruppen finanziell leistbar sind, scheint vernachlässigbar. – Mittlerweile wurde ein halbtägiges Gratis-Kindergartenjahr für alle Kinder verpflichtend vor Schulbeginn eingeführt; es soll besonders der sprachlichen Förderung dienen.

Auch im Pflegebereich wurde und wird ebenfalls Privatsorge durch Transferzahlung unter dem Motto Selbstverantwortung /-bestimmung als Weg zur Wahlfreiheit ohne Berücksichtigung der finanziellen Situation und der Art der Behinderung von etlichen Experten und Politikern gefordert.⁷

KAPITALISTISCHES PRODUKTIVÄTSVERSTÄNDNIS – KAPITALISTISCHER PRODUKTIVÄTSMALUS⁸

Für die Einkommenschancen am sogenannten freien Markt ist neben der Grenzziehung zwischen »öffentlichem« und »privatem« Wirtschaftsbereich auch das kapitalistische Verständnis von Produktivität für die Existenzsicherung von Frauen von großer Bedeutung. Nach allen gängigen Wirtschaftstheorien ist Arbeit der Ursprung von Reichtum und Wohlstand. Über Spezialisierung und Arbeitsteilung, über die gesellschaftliche Organisation von Wirtschaft und Arbeit, kann die Produktivität enorm gesteigert werden. Elmar Altvater weist darauf hin, dass für die kapitalistische Sichtweise entscheidend ist, dass nicht jede Arbeit als produktiv gilt, die zur Schaffung des Wohlstandes einen Beitrag leistet, sondern nur jene Arbeiten und jene Organisationsformen der Wirtschaft, die Kapital vermehren.⁹

Je stärker eine Tätigkeit Kapital wachsen lässt, desto wertvoller ist sie, desto höher das Einkommen. Dieser Maßstab erklärt auch, dass erfinderische Spekulanten aller Art, ohne realwirtschaftlich etwas zu leisten, extrem hohe Einkommen am »freien« globalen Finanzmarkt erzielen. Experten des neoliberalen Kapitalismus empfehlen: »Lassen Sie Ihr Geld für sich arbeiten.« Dies, obwohl leicht nachzuprüfen ist, dass Geld nicht arbeitet, nicht Autos herstellt, nicht pflegt, nicht kocht. Immer sind es Menschen, die arbeiten.

Der Gender Pay Gap bewertet makroökonomisch betrachtet die durchschnittliche prozentuelle kapitalistische Produktivität von Frauen- und Männererwerbsarbeit; abgeleitet vom durchschnittlichen Bruttostundenlohn klammert er soziale Einkommensunterschiede und die tatsächlichen Einkommenshöhen vollkommen aus. Vergleiche von mittleren oder durchschnittlichen Einkommenshöhen lassen zumindest anklingen, dass es innerhalb der Frauen und innerhalb der Männer niedrigere und höhere Einkommen, also soziale Ungleichheit gibt.

RECHTLICHE INSTITUTIONALISIERUNG DER KAPITALISTISCHEN SICHT

In Übereinstimmung mit den für die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft wichtigen Kategorien öffentlich – privat unterscheidet die Rechtswissenschaft öffentliches Recht (z. B. Sozialrecht) und Privatrecht (z. B. Unterhaltsrecht, Erbrecht). Die Übersicht »Zur rechtlichen Institutionalisierung der kapitalistischen Sicht von Produktivität in Verbindung mit dem kapitalistisch-patriarchalischen Konzept privat – öffentlich«

soll ansatzweise verdeutlichen, durch welche rechtlichen Bestimmungen die für die Eigentümer von Vermögen günstige Arbeitsorganisation und Arbeitsbewertung zur kulturellen Selbstverständlichkeit werden. Die angeführten Einkommensstufen von informellen Erwerbsarbeiten bis zu sehr gut bezahl-

ten Erwerbsarbeiten haben fließende Übergänge. »Kein Einkommen für Arbeit« (etwa im privaten Haushalt) und »hohe Einkommen ohne Arbeit« (aus privatem Vermögen) sind von den sehr unterschiedlich bewerteten Erwerbsarbeiten, denen arbeits- und sozialrechtliche Ansprüche zugeordnet sind, klar

Übersicht: Zur rechtlichen Institutionalisierung der kapitalistischen Sicht von Arbeit in Verbindung mit dem kapitalistisch-patriarchalischen Konzept privat – öffentlich

Kapitalistische Arbeitsbewertung: »produktiv« – Einkommenshöhe

kein Einkommen für Arbeit:
Haushaltsarbeit, Betreuen von Kindern, Kranken im Haushalt Studieren, ...
unbezahlte Arbeiten scheinen im BIP nicht auf!

informelle Erwerbsarbeit:
geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, besonders nicht technisierbare Arbeiten, Dienstleistungen (Handel) (2013 € 386,80 monatlich)

schlecht bezahlte Erwerbsarbeiten:
»bezahlbare Arbeit«
»arme Beschäftigte«;
besonders nicht technisierbare,
ortsgebundene, personenbezogene Dienstleistungen

gut bezahlte Erwerbsarbeiten:
ausreichendes Einkommen für Lebenshaltung
entsprechend den gesellschaftlichen Errungenschaften

sehr gut bezahlte Erwerbsarbeiten:
trotz Luxus Vermögensbildung, z. B. Organisieren von
»Arbeit« (Manager), Bankenbereich, Wirtschaftsexperten, Universitätsprofessoren, ...

hohe Einkommen ohne Arbeit:
»Kapital arbeitet«; Reiche. Einkommen
aus Vermögen: Grund und Boden, Immobilien,
Kapital, Aktien, ...

Rechtsverhältnisse, sozialrechtliche Ansprüche

keine individuellen sozialrechtlichen Ansprüche, unterhaltsrechtliche Existenzsicherung, Privatrecht abgeleitete sozialrechtliche Ansprüche für verheiratete Hausfrauen und Studierende: **Krankenversicherung, Witwen- (und Waisen-)pension**
sozialrechtlich: nur Unfallversicherung, übrige sozialrechtliche Absicherung wie bei unbezahlter Arbeit.
»Dazuverdienst«

einkommensbezogene sozialrechtliche Absicherung, aber keine Mindesthöhe
für Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Krankengeld;
für **Pension: Ausgleichszulagenrichtsatz** (2013 € 837,63)

einkommensbezogene sozialrechtliche Absicherung
Sozialeinkommen sichern Lebensstandard

einkommensbezogene sozialrechtliche Absicherung
z. T. nach oben begrenzte Sozialeinkommen (ASVG-Pensionen) und Einkommen aus Vermögen
keine Sozialabgaben
Einkommen aus Vermögen **nicht oder geringer besteuert als Einkommen aus Arbeit**, Vorrechte des Privateigentums

abgegrenzt und durch privatrechtliche Regelungen im ABGB verankert.

STUNDENLOHN = WERT EINER STUNDE LEBENSZEIT

Zusammenfassend bedeutet dies für die schlechte Einkommenssituation vieler Frauen: Was sich individuell auf der Mikroebene des privaten Haushalts als »Versorgungspflichtenmalus« wegen Übernahme von familiären Versorgungspflichten darstellt, erweist sich in der Sicht auf die Makroebene des Wirtschaftssystems als »kapitalistischer Produktivitätsmalus« – als Berufs- und Einkommensnachteil, der aufgrund von Tätigkeiten entsteht, die das Kapital nicht oder nur geringfügig vermehren, und die daher im kapitalistischen Verständnis nicht produktiv sind.

Ein Blick auf in Dezilen gegliederte Einkommensstabilen zeigt folgendes: Der Unterschied zwischen dem mittleren Einkommen von Frauen und dem mittleren Männereinkommen ist wesentlich geringer als der Unterschied zwischen den 10% am besten verdienenden Frauen und den 20% sehr schlecht verdienenden Frauen; letzterer beträgt oft über 80%, ist also mehr als doppelt so hoch wie der mittlere Einkommensunterschied. Auch innerhalb der Männer ist der soziale Einkommensunterschied ebenfalls sehr groß.

Die scheinbar aktive Unterstützung von Frauenanliegen seitens einiger Experten und Expertinnen durch die Berechnung der durchschnittlichen Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern in verschiedenen Branchen und deren Teilgruppen ohne eine genaue Analyse der makroökonomisch zugrunde liegenden Ursachen dient vielfach der Verschleierung der wachsenden sozialen Einkommensunterschiede im globalen neoliberalen Kapitalismus.

Übrigens: In den letzten Jahrzehnten machen viele Sozialwissenschaftler Armutsstudien, aber nicht Verteilungsstudien. Das heißt, die Einkommen der Reichen werden nicht mehr in die Untersuchungen einbezogen. Eine gerechte Einkommensverteilung und der Zusammenhang von Armut und Reichtum und von Reichtum und Macht sind offensichtlich für viele Experten und Politiker keine wissenschaftlich und politisch interessanten Themen.

In den letzten Jahren wird zum sogenannten *Equal Pay Day* auf die fehlende Geschlechtergerechtigkeit bei den Einkommen hingewiesen. Als *Equal Pay Day* gilt jener Tag, an

dem die Frauen erst das verdient haben, was die Männer bereits am 31. Dezember des Vorjahres verdient hatten. Dazu heißt es im *if:juni 2013, Magazin für Kärntnerinnen*: »Der derzeitige Einkommensunterschied bei Vollzeitarbeit zwischen Männern und Frauen beträgt in Kärnten 18,6 Prozent, was zwar die drittbeste Stelle im Bundesländervergleich ist, jedoch keinerlei Grund zum Jubeln darstellt.«

Heißt drittbeste Stelle, in Kärnten sind die Einkommen der Frauen relativ hoch? Manche Expertinnen und Experten scheinen nicht zu wissen, wie ein prozentueller Unterschied berechnet wird, wovon seine Höhe abhängt und was er aussagt.

Ein Rechenbeispiel: Liegt der durchschnittliche Bruttostundenlohn für Frauen bei 8 Euro und der für Männer bei 10 Euro, so beträgt der Gender Pay Gap 20 Prozent; liegen die Bruttostundenlöhne bei 6,40 und 8 Euro, macht der prozentuelle Unterschied ebenfalls 20 Prozent aus; liegen sie bei 7,20 Euro und 12 Euro, beträgt der Gender Pay Gap 25 Prozent.


Das heißt: Der Gender Pay Gap sagt nichts über die Höhe der Einkommen von Frauen und Männern aus. Es bedeutet auch, ein niedriger Gender Pay Gap kann in niedrigen Männerstundenlöhnen begründet sein – was auf Kärnten zutrifft –, oder in relativ hohen Frauenstundenlöhnen, weil etwa gut qualifizierte Frauen in öffentlichen Zentralstellen vermehrt sogenannte A- oder B-Positionen erlangen können (siehe Wien, erste Stelle im Bundesländervergleich).

Allgemein weist diese irreführende Messzahl für Einkommensunterschiede darauf hin, dass für eine sinnvolle Interpretation von Daten zum prozentuellen Unterschied immer die absoluten Werte ebenfalls angeschaut werden müssen. Und wer für mehr Einkommensgerechtigkeit eintritt, sollte die absoluten Höhen von Brutto- und Nettoeinkommen gegliedert nach Dezilen (in 10%-Stufen) in die Überlegungen einbeziehen.

ZUSAMMENFASSENDE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die abstrakte Kategorie Mann als Hauptgegner lenkt bei Fragen von Einkommensunterschieden davon ab, dass die derzeitigen schlechten Berufs- und Einkommenschancen für viele Frauen (und etliche Männer) in erster Linie von den ökonomisch und politisch Mächtigen des neoliberalen kapitalistischen Wirtschaftssystems – fast durchwegs Männer – grundgelegt werden.

Politikerinnen und Politiker müssen von den sie beratenden Experten und Expertinnen verlangen, dass sie nicht nur fertige, manchmal sogar in eine einzige Zahl zusammengefasste Ergebnisse aus Studien übernehmen; in ihrem Fachbereich müssen sie die Studien mit Blick auf Datenerfassung, Methoden der Verarbeitung, Begriffsdefinitionen, Auslassungen und Begründung der Schlussfolgerungen genau studieren.

Geschlechterverhältnisse stehen in ständiger Wechselbeziehung mit anderen sozialen Strukturen und politischen Verhältnissen. Das bedeutet: Auch wenn Geschlechterverhältnisse im Zentrum einer Analyse stehen – etwa die Arbeitsteilung im Haushalt oder Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern – müssen ökonomische Strukturen auf der Makroebene der Gesellschaft und gesetzliche Normierungen als einflussreiche Rahmenbedingungen in die Analyse einbezogen werden.¹⁰ 

HELGA HIEDEN-SOMMER

gehörte von 1979 – 1990 als Abgeordnete dem National- und Bundesrat an und war Mitglied und Vorsitzende des Landesfrauenkomitees der SPÖ Kärnten.

-
1. Internet, EU-Studien zum Gender Pay Gap, z. B. Eurofound: Addressing the gender pay gap: Government and social partner actions, 2012; The gender pay gap. Origins and policy responses. A comparative review of thirty European countries, 2006, University of Utrecht.
 2. S. Ursula Beer: Geschlecht, Struktur, Geschichte. Soziale Konstituierung des Geschlechterverhältnisses, Frankfurt am Main/New York, 1990.
 3. John Kenneth Galbraith: Wirtschaft für Staat und Gesellschaft, München, 1974, 51.
 4. Birgit Sauer: Öffentlichkeit und Privatheit revisited. Grenzziehungen im Neoliberalismus und die Konsequenzen für Geschlechterpolitik, in Kurswechsel, Nr. 4/94, Wien, 5-11.
 5. s. Helga Hieden-Sommer: für eine eigenständige soziale Absicherung aller Frauen, in: Zukunft, Heft 10/11, 40-46.
 6. S. Pierre Bourdieu: Die verborgene Mechanismen der Macht, Hamburg, 1992
 7. S. Helga Hieden-Sommer: Pflegegeld pflegt nicht! Geld und Freiräume – auch für Pflegende? Anmerkungen zu einer irreführenden Expertendiskussion, in: dies: Sozialstaat, neoliberales Wirtschaften und die Existenzsicherung von Frauen, Wien, 2007, 141-149.
 8. S. Helga Hieden-Sommer: Der kapitalistische Produktivitätsmalus beeinflusst die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern, in: dies. 2007, 51-79.
 9. Elmar Altvater: Die Arbeitsgesellschaft vor den Herausforderungen von Geld und Natur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 15/95, Berlin, 17.
 10. S. Referat am 16. Mai 2013: Familienpolitik/Existenzsicherung von Frauen – Erwerbsarbeitsverhältnisse im neoliberalen Kapitalismus, veranstaltet vom Karl-Renner-Institut

Ein Volk von Eigentümern?

Artur Streimelweger nimmt die Parole der »Eigentümergeellschaft« am Beispiel der thatcheristischen Wohnpolitik kritisch unter die Lupe und wendet sich gegen ein Rezept von gestern.

Anfang April dieses Jahres starb Margaret Thatcher, britische Premierministerin von 1979 bis 1990. Die als »Eiserne Lady« apostrophierte Tory-Politikerin prägte mit ihrer Kombination aus wirtschaftlichem Liberalismus und sozialem Konservatismus wie kein anderer Regierungschef vor oder nach ihr die Entwicklung Großbritanniens. Kernelemente des »Thatcherismus« waren eine radikale Abkehr vom wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegskonsens und eine Umformung der Gesellschaft durch die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und die Deregulierung von Wirtschaft und Finanzmärkten sowie die Zerschlagung der Gewerkschaften.

Ziel war eine Entfesselung der Marktkräfte, dafür mussten der Staat und seine sozialstaatlichen Institutionen mit seinen auf gesellschaftlicher Solidarität angelegten Ausgleichsmechanismen so weit als möglich zurechtgestutzt werden. Was zählte, war nicht eine sozial verpflichtete Gesellschaft, sondern das nach Eigennutz strebende, selbstverantwortliche Eigentümer-Individuum. »There is no such thing as society«, lautete eine der Rechtfertigungsparolen Thatchers, um den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Umbau nach neoliberalen Vorbild voranzutreiben.

Ein Experimentierfeld dabei war der Wohnungsmarkt. Er sollte stabilisierendes Fundament der angestrebten »property owning democracy« aus Immobilien-Eigentümern sein. Als Mittel zum Zweck diente die marktabhängige Privatisierung der Wohnversorgung. Hierzu wurde am öffentlichen Wohnbau angesetzt, dem es in den Folgejahren massiv an den Kragen ging. 1979 machte der von der öffentlichen Hand errichtete soziale Wohnbau noch rund ein Drittel des gesamten Wohnungsbestandes (6 Mio. Wohnungen) aus, als die konservative

Premierministerin 1990 zurücktrat, belief er sich nur mehr auf rund ein Fünftel. Möglich wurde dies durch den Housing Act 1980/88, mit dem das »Right to Buy«, eine Kaufoption für die bisherigen Mieter eingeführt wurde. Mit Preisnachlässen von bis zu 75% wurden dadurch in der Thatcher-Ära rund 1,2 Mio. Sozialwohnung verkauft. Insgesamt gingen durch die Privatisierung des sozialen Wohnungsbestandes bislang rund 2,5 Mio. Wohnungen an die Mieter und Wohnungsgesellschaften zu Dumpingpreisen über den Ladentisch. Mit dem Ausverkauf wurde auch der Neubau des öffentlichen Wohnbaus drastisch zurückgefahren. Zwischen 1980 und 1990 sank die Bauleistung um 80% auf nur mehr 16.000 Fertigstellungen. Nach einer fast gänzlichen Einstellung in den 1990er-Jahren liegt das Neubauvolumen heute bei etwas über 3.000 Wohnungen pro Jahr.

Unterm Strich hat der Kahlschlag im sozialen Wohnbau die für Thatcher & Co gewünschten Ergebnisse gebracht und dem Ziel einer *Ownership Society* ein Stück weit nähergebracht. Der öffentliche Wohnungsbestand wurde stark dezimiert und im Gegenzug der Eigentümer-Anteil am Wohnungsbestand zwischen 1980 und 1990 um rd. 3 Mio. Wohnungen von 54% auf 66% erheblich ausgeweitet. Während dieser Anteil bis heute gleich geblieben ist, ist jener des öffentlichen Wohnbaus auf 8% – und damit rd. 2 Mio. Wohnungen – zurückgegangen.

Vorangetrieben wurde die tiefgreifende Umgestaltung des britischen Wohnungsmarktes dadurch, dass der Staat den Eigentumserwerb durch Steuererleichterungen bei Kreditfinanzierungen massiv subventionierte. Folge war eine Explosion der Hypothekarverschuldung. Nahm sie 1980 noch einen Anteil von 23% am BIP ein, stieg sie bis 1990 um mehr als das

Fünffache auf einen Anteil von 52% am BIP an. 2011 belief sich die Verschuldung der privaten Haushalte auf 83% des BIP.

Gegenwärtig hat Großbritannien neben Spanien und Irland mit den Folgen einer Immobilienkrise zu kämpfen. Ausgebrochen ist sie zwar 2007/8, die Wurzeln sind aber in den 1980er-Jahren zu finden. Sie liegen in der Abkehr von einer sozialstaatlich orientierten Wohnungspolitik mit einem breiten Sozialwohnungsbestand und universalistischem Leistungsanspruchsrechts hin zu einer bedingungslosen Förderung eines eigentumszentrierten und stark kapitalmarktfinanzierten Wohnungssystems begraben. Wenn auch heute wieder Stimmen laut werden, die sich für ein »Volk von Eigentümern« aussprechen, sollte dieses warnende Beispiel einer verfehlten wohnungspolitischen Agenda in den aktuellen Diskussionen immer mitbedacht werden.

WOHNUNGSPOLITIK STATT SOZIALPOLITIK

Eine fehlgeleitete Politik, bei der Wohnungspolitik ein Substitut für Sozialpolitik ist. »Home Ownership« soll dabei die vor allem unter konservativ-liberalen Regierungen wachsende soziale Ungleichheit kompensieren helfen und so auch unteren und mittleren Einkommensschichten durch den Zugang zum Wohneigentum ein Stück vom Wohlstandskuchen sichern. Tatsächlich erhöhte sich der Gini-Koeffizient als Indikator für die Ungleichverteilung der Einkommen in Großbritannien der Thatcher-Ära so stark (+25%) wie beinahe in keinem anderen europäischen Land.

Ob Großbritannien oder Irland, Spanien und USA – all jene Länder, in denen es zu einer einseitigen Förderung des Wohnungseigentums kam, weisen residuale wohlfahrtsstaatliche Systeme mit geringem sozialstaatlichem Leistungsniveau auf. Sozialpolitik wird in den liberalen (und mediterranen) Wohlfahrtsstaaten wesentlich auf den Wohnungsmarkt ausgelagert. Voraussetzung für den Wohnungskauf der »Ownership Society« ist die Deregulierung der Kreditvergabestandards, die Folge: eine massive Verschuldung der Privathaushalte und den bekannt krisenhaften Entwicklungen auf den Wohnungsmärkten.

Österreich ist einen anderen Weg gegangen. Auch wenn da und dort in den letzten Jahren ein Rückbau feststellbar war, zeichnet sich das sozialstaatliche Wohnungssystem noch immer durch ein hohes Maß an Stabilität aus. Ein starker sozial gebundener Mietwohnungsbau von 24% (18% gemeinnütziger Wohnbau, 6% Gemeindewohnbau, insgesamt über eine

Mio. Wohnungen) des gesamten Wohnungsbestandes und die vergleichsweise relativ strenge Mietenregulierung tragen wesentlich zur Balance am österreichischen Wohnungsmarkt bei. Dies und das EU-weit immer mehr zum Unikum werdende Phänomen einer – zwar rückläufigen, aber doch mit hohem Durchsatz verbundenen – objektorientierten Wohnbauförderung ermöglichen ein breites Mietwohnungsangebot, das auch Haushalten bis weit in die Mittelschicht offen steht. Es verhindert – anders gesagt –, dass weniger finanzkräftige Wohnungssuchende mangels anderer Alternativen ins Wohnungseigentum »ausweichen« müssen.

Der jüngst in die Wahlkampfarena eingebrachte Vorschlag, leistbares Wohnen durch eine verstärkte Eigentumsförderung sichern zu wollen, muss vor diesem Hintergrund als kontraproduktiv, als ein Rezept von gestern eingestuft werden. Was es braucht, ist keine ideologiebehaftete Subventionierung von Wohnungseigentum auf Pump, sondern eine auf den tatsächlichen Erfordernissen und Erfahrungen basierende pragmatische Wohnungspolitik – und die kann angesichts prekärer Einkommensverhältnisse bzw. Realeinkommensverluste breiter Bevölkerungsschichten und krisenhafter Entwicklungen eigentumszentrierter Wohnungsmarktmodelle nur in einem Ausbau des sozial gebundenen Mietwohnungsbaus liegen. 🇦🇹

ARTUR STREIMELWEGER

ist Referent im Wohnwirtschaftlichen Referat
des Österreichischen Verbandes gemeinnütziger
Bauvereinigungen und Redaktionsmitglied der ZUKUNFT.
Der Artikel stellt die persönliche Meinung des Autors dar.





ALAÏA.
AZZEDINE ALAÏA IM 21. JAHRHUNDERT
NRW-FORUM DÜSSELDORF

Bulgariens unsicherer Weg

Seit der 5. Erweiterungsrunde im Jahr 2007 ist Bulgarien Mitglied der Europäischen Union, doch der Weg hin zu europäischen Verhältnissen ist noch nicht abgeschlossen. Torsten Engelage versucht einen kurzen Überblick über die jüngere Geschichte Bulgariens zu geben und hilft, die aktuellen Entwicklungen besser zu verstehen.

Die allgemeinen Kenntnisse über den Balkan erstrecken sich in Österreich bestenfalls soweit wie die habsburg-zentristische Geschichtserzählung reicht. Darüber hinaus zwang auch die Tragödie der Kriege auf dem Westbalkan in den 1990er-Jahren die Öffentlichkeit, sich mit diesem Teil Europas zu beschäftigen. Im Nord- wie Südosten hingegen verläuft die Grenze des Wissens jedoch fast deckungsgleich mit der ehemaligen k.u.k.-Grenze. Erzählungen über Czernowitz – als östlichste Stadt Österreich-Ungarns – sind zahllos, Klausenburg (Cluj-Napoca) und Hermannstadt (Sibiu) erscheinen manchem als Wiener Vororte, alles was jedoch jenseits des Prut oder südlich der Karpaten stattfand bzw. heute stattfindet, erscheint im Ge-genzug viel weiter weg.

Dies mag die Leerstelle im allgemeinen Wissen um die westliche Schwarzmeerregion wie auch den östlichen Balkan erklären. So sind Bulgarien und Rumänien zwar seit nunmehr sechs Jahren Mitglied der EU, doch mit wenigen Ausnahmen – wie eben den jüngsten Wahlen oder auch den großen Straßenprotesten Anfang des Jahres bzw. dem Verfassungskonflikt zwischen rumänischen Premier und Präsident im Vorjahr – de facto weder in den Medien noch in der öffentlichen Debatte präsent.

BULGARIEN NACH 1945

Als Bündnispartner der Achsenmächte im zweiten Weltkrieg wurde Bulgarien im September 1944 von Truppen der Roten Armee befreit und gelangte somit in die sowjetische Einfluss-sphäre. In Folge entstand eine Volksfrontregierung (Vaterländische Front, OF) in der KommunistInnen das Innen- und Justizressort kontrollierten, der Schlüssel für die spätere

Machtergreifung. Die faktische Präsenz der Roten Armee, gepaart mit dem sowjetischen Interesse einen Pufferraum zwischen Westeuropa und der Sowjetunion zu errichten – wie auch die Planlosigkeit des Westens bezüglich der Neugestaltung dieses Teils Europas – reichten aus, um Bulgarien gemeinsam mit seinen Nachbarländern hinter dem Eisernen Vorhang verschwinden zu lassen.

Unmittelbar nach 1945 existierte ein Mehrparteienparlament, doch den Rückkehrern aus dem Moskauer Exil unter der Führung von Georgi Dimitrov gelang es rasch, die Kontrolle über Regierung und Verwaltung zu gewinnen, so dass sie ab 1947 sukzessive ihre politischen GegnerInnen ausschalten konnten. Anfänglich versuchte Bulgarien eine Politik der Eigenständigkeit und Kooperation mit Jugoslawien, diese wurde jedoch auf sowjetischen Druck hin und in Folge des Todes von Dimitrov rasch beendet. Mit der Übernahme der Positionen von Generalsekretär und Premierminister durch Valko Chervenkov folgte eine vollständige Übernahme stalinistischer Praktiken inklusive Säuberung der bulgarischen kommunistischen Partei (BKP) und Schauprozesse.

Bulgarien sollte sich in Folge in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht im Gleichschritt mit der Sowjetunion entwickeln, auf die stalinistische Diktatur folgte mit geringer Verzögerung ein antistalinistisches Tauwetter, welches zur Entmachtung von Chervenkov führte. Ihm folgte 1954 Todor Zhivkov als Parteisekretär und später auch als Premier, er sollte Bulgarien für die kommenden drei Jahrzehnte kontrollieren. Zhivkovs Politik pendelte dabei zwischen Loyalität zur Sowjetunion und eigenständigen, nationalistischen Akzenten, insbesondere ist ihm die 1984 erfolgte Zwangsassimilation der

türkischen Minderheit bzw. deren Vertreibung aus Bulgarien zuzurechnen.

Im Gleichschritt mit anderen Staaten Osteuropas erfolgte mit der Verfassungsreform 1947 eine Umgestaltung der Wirtschaft in Richtung Sozialisierung der (de facto kaum existenten) Industrie und später auch der Landwirtschaft. Zunächst als Parallelsystem von privatem und öffentlichem Wirtschaftssektor konstruiert, wuchs letzterer in den 1950er-Jahren und verdrängte als Folge aktiver Privilegierung und Diskriminierung privates Eigentum an Produktionsmitteln in der Landwirtschaft wie in der Industrie.

Schwerpunkt dieser gelenkten wirtschaftlichen Entwicklung war dabei die Schwerindustrie, im Gleichschritt mit der Entwicklung der Sowjetunion wurde der Lebensmittel- und Konsumgütersektor vernachlässigt. Ziel war die Überwindung von Armut und Rückständigkeit, welche einerseits Folge der ungünstigen geostrategischen Lage am Rand von Europa und andererseits der Ausbeutung und Unterdrückung durch das osmanische Reich geschuldet war. Kern war dabei ein zentral gesteuertes Kennziffernsystem zur Kontrolle der wirtschaftlichen Entwicklung, welches durch ein zentralisiertes Geldsystem mit Abwicklung aller Zahlungen durch die Nationalbank ergänzt wurde. Dieser Mangel an wirtschaftlicher Flexibilität führte rasch zu den gleichen Problemen wie in der UdSSR, doch auch in Bulgarien konnten Reformen erst umgesetzt werden nachdem in Folge der Libermanschen Neuerungen 1962 Freiräume für eigenverantwortliches wirtschaftliches Handeln geschaffen wurden.

Dieses kurze wirtschaftliche Tauwetter war jedoch nicht von Nachhaltigkeit geprägt, im Gegenteil, das Primat der zentralen wirtschaftlichen Kontrolle kehrte rasch zurück. Mangels Erfolgs griffen gleich gelagerte Reformdiskussionen Ende der 1970er-, Anfang der 1980er-Jahre wieder Platz, in Bulgarien unter dem Begriff *preustojstvo*, welche eine zentrale Zieldefinition mit einer lokalen Entscheidungskompetenz verbinden sollte. Die Krisenerscheinungen waren jedoch schon offensichtlich geworden, chronischer Devisenmangel und Produktivitätsverluste in der Industrie erzwangen die Öffnung der Industrie und führten zur Zulässigkeit von Kooperationen mit Industriebetrieben aus Westländern. Kleine, schrittweise wirtschaftliche Reformen in den Jahren 1986 bis 1989 sollten der »Vervollkommnung des Systems« dienen. Noch vor Entscheidung der ВКР, politische Reformen umzusetzen, erfolgte im Jänner 1989 die Zulassung von privaten

Was ist der Balkan?

Slavoj Žižek: Über die Definition des Balkan

Die übliche Reaktion eines Slowenen wäre folgendermaßen: Nein, Slowenien gehört nicht zum Balkan, wir sind Mitteleuropa. Der Balkan ist da unten, er beginnt in Kroatien oder in Bosnien; wir Slowenen sind die letzte Schwelle, das letzte Bollwerk der wahren westeuropäischen Zivilisation gegen den Wahnsinn des Balkans. Diese Distanzierung konfrontiert uns mit der ersten unter den zahlreichen Paradoxien des Balkans: Er war geographisch nie genau umgrenzt, und es scheint so, als ob man niemals eine definitive Antwort auf die Frage »Wo fängt der Balkan an?« erwarten könnte.

Für Serben beginnt er da unten, im Kosovo oder in Bosnien, und sie verteidigen die christliche Zivilisation gegen diese »Anderen« Europas; für die Kroaten beginnt er im orthodoxen, despotischen und byzantinischen Serbien, gegen das Kroatien seine Werte der demokratischen westlichen Zivilisation verteidigt; und wir, die Slowenen, sind der letzte Außenposten eines friedlichen Mitteleuropas; für manche Italiener und Österreicher fängt er in Slowenien an, als die Herrschaft der slawischen Horden; für manche Deutsche ist es Österreich auf Grund seiner historischen Verbindung selbst, das schon von der balkanischen Korruption und Unfähigkeit bestimmt wird; für manche Norddeutsche ist auch Bayern, mit seiner katholisch bäuerlichen Dimension, nicht frei von einem gewissen balkanischen Flair; manch arrogante Franzosen assoziieren mit Deutschland eine östliche balkanische Wildheit. Den Extremfall repräsentieren einige konservative, gegen die Europäische Union gewandte Engländer, für die das ganze Kontinentaleuropa, das genaue Gegenteil des Balkans, heute als eine Art balkan-türkisches Großreich funktioniert, mit Brüssel als dem neuen Konstantinopel, einem launenhaften despotischen Zentrum, das die britische Freiheit und Souveränität bedroht.

Der Balkan ist also immer der Andere, er liegt irgendwo anders, immer ein wenig weiter im Südosten, und in diesen Zusammenhang gehört auch das Paradox, dass wir am unteren Ende der Balkanhalbinsel dem Balkan wieder auf wundersame Weise entkommen sind (da Griechenland eigentlich nicht mehr richtig dazugehört, sondern die Wiege unserer westlichen Zivilisation darstellt).

Slavoj Žižek: »Liebe deinen Nächsten? Nein, Danke!, die Sackgasse des Sozialen in der Postmoderne«, Berlin 1999

Firmen; erstmals ar wieder eine private Kontrolle von Produktionsmitteln möglich, und im Mai 1989 begann eine Privatisierung im Bankensystem.

WANDEL OHNE WECHSEL

Die Entwicklungen der 1980er-Jahre in den anderen Staaten des Ostblocks, die eingeleiteten Reformen, wie auch die schrittweisen Zugeständnisse an die oppositionellen Kräfte wurden auch in Bulgarien registriert. Jedoch hatte sich in Bulgarien nie eine eigenständige Opposition entwickeln können, die in der Lage gewesen wäre, das Regime herauszufordern.

Motor der Veränderungen zu Zeiten der Wende 1989/90 waren also – anders als z. B. in der DDR, Polen oder der ČSSR – nicht Protestbewegungen, sondern Kräfte innerhalb der BKP, die einen Austausch der Spitze und demokratische Reformen erzwangen. In der Folge wurden Parteien und Wahlen im Jahr 1990 organisiert; es gelang der BKP – nun im Gewand einer sozialdemokratischen Partei als BSP, in Koalition mit der Bauern- und Umweltpartei die Mehrheit zu erhalten. Als größte Oppositionskraft trat die *Union of Democratic Forces* (bulgarisch: SDS) in Erscheinung, eine Sammlung von 18 oppositionellen Gruppierungen, die allerdings nicht auf eine gemeinsame Geschichte und Struktur zurückgreifen konnten, ein Faktum, welches die spätere Kurzlebigkeit dieses und aller folgenden Parteiprojekte erklärt.

Diese mangelnde Organisation sollte sich auch in den folgenden Jahren nicht ändern; von den Parteien, die in den 1990er-Jahren die politische Landschaft bevölkerten, ist einzig die BSP auch heute noch im Parlament vertreten. Alle anderen politischen Kräfte wurden Opfer von internen Krisen und zerfielen oder scheiterten bei Wahlgängen an der 4 %-Hürde.

In den 1990er-Jahren bildeten sich zahllose Regierungen von geringer Stabilität, Koalitionen entstanden und zerfielen rasch wieder, vor allem Anfang der 1990er-Jahre gab es mehrfach wechselnde Koalitionen und Regierungsbündnisse. Das politische System erschöpfte sich folglich großteils in Selbstbeschäftigung und dem Streit um die Verteilung der wenigen Pfründe.

Bestimmend für die Entwicklungen waren zudem auch die Auswirkungen der Diskriminierungspolitik zu Zeiten der kommunistischen Regierung in den 1980er-Jahren gegenüber der türkischen Minderheit. Als Koalitionspartner gebraucht, schaffte es das *Movement for Rights and Freedoms* (bulgarisch:

DPS), die Partei der türkischen Minderheit, Verbesserungen für ihre Bevölkerungsgruppe zu erreichen, provozierten aber gleichzeitig eine Mobilisierung der nationalistischen Kräfte in der bulgarischen Politik, die in Form der heutigen Ataka-Partei noch immer einen erheblichen Teil des Elektorats an sich binden können.

WIRTSCHAFTLICHER ZUSAMMENBRUCH UND STILLSTAND

In wirtschaftlicher Hinsicht waren die 1990er-Jahre geprägt von einer massiven Anpassungskrise. Das Wirtschaftssystem verfiel zu Anfang in einen fast völligen Stillstand, die Inflationsrate war teilweise dreistellig und erreichte zwischen 70 und 340 %, der Außenwert des Lev verlor innerhalb weniger Jahre 50 %. Bulgarien war schwer getroffen vom Zusammenbruch der ehemaligen Wirtschaftsnetzwerke des RGW-Raums, seine Abhängigkeit von Energielieferungen von außen bei gleichzeitigem Verlust der Exportmöglichkeiten brachten das Land an den Rand des wirtschaftlichen Kollaps. Die wirtschaftlichen Reformbemühungen waren ohne große Erfolgsaussichten, waren bulgarische Unternehmen doch unter den veränderten Rahmenbedingungen international kaum wettbewerbsfähig. Korruption und Vetternwirtschaft waren ebenso prägend und Privatisierungen hatten oftmals den Charakter der Verteilung des öffentlichen Vermögens an politische UnterstützerInnen der aktuell in Regierungsverantwortung Befindlichen.

Die unsicheren politischen Rahmenbedingungen verhinderten ein stärkeres Engagement ausländische InvestorInnen, in Folge fiel Bulgarien im Vergleich zu den anderen ehemaligen Ostblockstaaten, die gleichzeitig 1995 das Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet hatten, immer weiter zurück. Die de-facto-Pleite 1996, welche den Internationalen Währungsfond als Kreditgeber auf den Plan rief, der in Folge harte wirtschaftliche Einschnitte verlangen sollte, bildete den Wendepunkt der wirtschaftlichen Stagnation. Doch hat sich Bulgarien von dieser permanenten Krise seiner Wirtschaft bis heute nicht erholt, was sich insbesondere im Beschäftigungsniveau niederschlägt. Dieses ist auch heute noch niedriger als zu Beginn der Transformation und erklärt die grassierende Armut im Land wie auch den Bevölkerungsverlust durch Abwanderung ins Ausland.

SPÄTE STABILISIERUNG

Aus dieser Krise der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse entwickelte sich eine Krise der »traditionellen Parteien«, die in Folge bei den Wahlgängen zwischen 2001 und 2007 abge-

strafte wurden. 2001 gewann die Liste *Nationale Bewegung Simeon II*, eine Gründung von Simeon Borissov Sakskoburggot-ski, der in seiner Kindheit der letzte bulgarische Zar war, mit einem Erdrutschsieg. Doch auch ihm gelang die Schaffung des versprochenen Wirtschaftswunders nicht, seinen Wahlerfolg konnte er daher nicht wiederholen.

Erst die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft beginnend mit Verhandlungen im Jahr 2000 sollte sich stabilisierend auswirken. Einerseits folgten Verbesserungen im Land selbst, Verwaltung und Justiz konnten langsam das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen. Mit den umfangreichen, wenn auch nicht ausreichenden, Transferzahlungen der Strukturfonds und Heranführungshilfen wurden wichtige Investitionsprojekte gestartet, während ausländische InvestorInnen und vor allem Schwarzmeer-TouristInnen einen Beitrag zur langsamen wirtschaftlichen Entwicklung leisten.

Dennoch gelang es auch 2009 der Regierungsmehrheit – wie allen Vorgängerregierungen auch – nicht eine Mehrheit für die Wiederwahl zu erzielen. Der Bürgermeister von Sofia und ehemalige Parlamentsabgeordnete der Zaren-Partei *Bojko Borissov* konnte mit der Retortenpartei GERB, die erstmals bei Parlamentswahlen antrat, einen überraschenden Wahlsieg erringen.

Im Anschluss an die globale Finanzkrise des Jahres 2008 wurde auch Bulgarien von einer tiefen Rezession erfasst. Das Wirtschaftsmodell der Vorkrisenjahre, welches Bulgarien zu einem außergewöhnlichen Wirtschaftswachstum verhalf, kam ins Stocken, als die negative Handelsbilanz nun nicht mehr durch hohe Zuflüsse von Auslandsdirektinvestitionen ausgeglichen werden konnte. Verschärft wurden diesen Entwicklungen noch durch die Griechenlandkrise ab 2010, die Bulgarien eines wichtigen Handelspartners und Investors beraubte.

DIE KRISE IM WINTER/FRÜHJAHR 2013 UND VORGEZOGENEN WAHLEN IM MAI 2013

Eingeläutet wurden die turbulenten Entwicklungen des Jahres 2013 von den Protesten Blagoevgrad in Sandanski Ende Jänner, die sich um das Thema der explodierenden Stromkosten drehten. Schnell erwuchs daraus eine landesweite Protestbewegung, die die allgemeine Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und politischen Situation im Land aufgriff. Unter dem Druck dieser Straßenproteste erklärte Borissov den vorzeitigen Rücktritt der Regierung und machte so den Weg für die Einsetzung einer Übergangsregierung und vorgezogene Neuwahlen frei.


In Folge der Vorwürfe von Wahlbetrug, die rund um die gleichzeitigen Präsidentschafts- und Kommunalwahlen im Jahr 2011 erhoben wurden, kam es dieses Jahr zu einem geänderten Ablauf der Wahl wie auch einer massiven Präsenz von internationalen WahlbeobachterInnen vor Ort. Rund 240 VertreterInnen der OSZE, eine mehr als ungewöhnliche große Zahl für ein Unions-Mitgliedsland, weitere VertreterInnen der EU-Kommission sowie VertreterInnen nationaler und internationaler NGOs ließen sich als WahlbeobachterInnen registrieren. Ebenso organisierten PES und die bulgarische SozialdemokratInnen (BSP) eine Delegation mit rund 100 Mitgliedern zur Überwachung des Wahlverlaufs. Alle diese VertreterInnen wurden bei der nationalen Wahlkommission akkreditiert und hatten somit vollen Zugang zu den Abläufen am Wahltag, von der Öffnung der Wahllokale in der Früh bis zu Auszählung und Stimmübermittlung in der Nacht.

Technisch-formal war die Wahl gut vorbereitet, es waren jedoch die »Nebengeräusche« im Umfeld und Vorfeld des Wahlgangs, die Irritationen hinterließen. Ein aktuelles WählerInnenverzeichnis, durchsichtige Wahlurnen samt eines genau definierten Verfahrens bei der Stimmabgabe machten direkte Manipulationen der Wahl unwahrscheinlich. Ein System der persönlichen Übermittlung der – unter Aufsicht von VertreterInnen der Parteien und zivilgesellschaftlicher Organisationen ausgezählten – Stimmzettel sollte verhindern, dass wie zuletzt Stimmzettel »beim Transport verloren« gingen.

Große Verunsicherung herrschte jedoch in Folge des Bespitzelungsskandals, der bis heute nicht restlos aufgeklärt ist. Die dabei bekannt gewordenen Machenschaften von VertreterInnen der Regierungspartei sorgten für tiefgehende Verunsicherung, Nachrichten wie der Fund von 35.000 unbedruckten Stimmzetteln verschärften die ohnehin angespannte Stimmung im Vorfeld des Wahlgangs.

Der Wahltag selbst lief dafür ohne gröbere Zwischenfälle ab, sowohl aus Sicht der BeobachterInnen der PES/BSP wie auch der OSZE, die in ihren *Preliminary Findings* festhält, dass abgesehen von geringfügigen Problemen der Wahlverlauf ordnungsgemäß ablief. Damit kann aber Bulgarien noch kein endgültiger Persilschein ausgestellt werden. Denn der Vorwurf des WählerInnenkaufs – insbesondere bei Mitgliedern der Roma- und Sintigemeinde – erscheint in Anbetracht der Beobachtung durchaus substantiiert. Die besondere Armut und Diskriminierung dieser Bevölkerungsgruppe wie auch einzelne Beobachtungen von auffälligen Wahlergebnissen in Wahl-

sprengel mit Minderheitenmehrheit lassen die Schilderungen als zutreffend erscheinen.

Bulgariens politisches System ist also nicht offensichtlich durchgefallen, ein klares Ergebnis und damit politische Stabilität brachten diese Wahlen aber auch nicht. Aufgabe der neuen Minderheitsregierung aus BSP und DSP, die mit Duldung der Ataka agiert, muss nun zunächst die Stabilisierung der Wirtschaft sein. Denn ohne ein Ende der wirtschaftlichen Stagnation werden Vorwürfe des Stimmenkaufs auch in Zukunft glaubwürdig erscheinen. 

TORSTEN ENGELAGE

lebte zuletzt in Bukarest (Rumänien) und war Teil der PES/BSP- WahlbeobachterInnen-Mission in Bulgarien zwischen 10. und 13. Mai 2013.

Literatur

Wolfgang Ismayr (Hrsg.) 2002, Die politischen System Südosteuropas | **Marc Meinardus** (2011), Bulgarien im Wahljahr 2011. Ausgangslage und Perspektiven (FES Sofia Paper), <http://library.fes.de/pdf-files/id/07789.pdf> | **Steven W. Sowards** 2004, Moderne Geschichte des Balkans | OSCE Preliminary Findings and Conclusions zur Parlamentswahl 2013, <http://www.osce.org/odihr/elections/101386> | **OSCE** Final Report zur Präsidentschafts- und Kommunalwahl 2011, <http://www.osce.org/odihr/elections/86893> | **Südosteuropa**. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, diverse Ausgaben 1990 bis 2013 | **Klaus-Detlev Grothusen** (Hrsg.), Südosteuropa-Handbuch. Bulgarien



Die Illusion »Markt«

Die Theorie von der »Herrschaft der Märkte« ist das erfolgreichste ideologische Propagandaprodukt der letzten Jahrzehnte. Diese Theorie macht Gebrauch von der Tatsache, dass es tatsächlich Sphären gibt, in denen Märkte erfahrbar existieren. Doch Michael Amon erkennt einen Widerspruch zwischen der religiösen Verehrung des Marktes im Neoliberalismus und seiner weitgehenden Nichtexistenz bzw. Ausschaltung durch die Akteure auf den Finanzmärkten.

Märkte begleiten die Menschen, seit Individuen oder Gruppen in der Lage sind, von einem Gut mehr herzustellen, als sie für die Befriedigung der eigenen, individuellen Bedürfnisse brauchen. Die Urbanisierung konnte erst entstehen, als die Menschheit in der Lage war, mehr Nahrung zu produzieren, als die Produzenten selbst benötigten. Damit stellte sich auch die Frage, wie dieser Überschuss an Lebensmitteln zu jenen Menschen kommen kann, die für deren Produktion nicht mehr notwendig sind. Die Arbeitsteilung wurde nicht nur möglich, sondern auch notwendig. Wer nicht mit der Produktion von Nahrungsmitteln beschäftigt war, musste andere Güter herstellen, um über einen Gegenstand zu verfügen, den man den Agrariern zum Tausch anbieten konnte.

Arbeit im modernen Sinn entstand: die Verausgabung menschlicher Kraft diente nicht mehr der Deckung nur des eigenen Bedarfs, sondern immer mehr der Herstellung von Gegenständen mit hoher Tauscheignung. Auch die ersten Dienstleister entstanden so. Der Tausch fand auf Märkten statt. Und diese ersten »Märkte« darf man sich durchaus »primitiv« vorstellen: Arbeit gegen Lebensmittel, Lebensmittel gegen einfache Gegenstände des täglichen Lebens. Es fand eine gefühlsmäßige Abschätzung statt: Wieviel Getreide für einen Stück Stoff – es war eine sehr unmittelbare, individuelle Einschätzung von Wert und Gegenwert. Im einfachsten Fall standen sich zwei Menschen gegenüber und verhandelten über die auszutauschenden Werte. Es war ein Geschäft von Angesicht zu Angesicht, der Gebrauchswert der Gegenstände war offensichtlich, ebenso der von Dienstleistungen.

Die Werte schwankten vor allem entlang der persönlichen Bedürfnisse und Wertschätzungen und entsprachen wohl grosso modo der in den Produkten enthaltenen Arbeitszeit, da man bei den damaligen, sehr einfachen Erzeugnissen und Dienstleistungen noch recht leicht einschätzen konnte, wie-

viel Arbeitsaufwand sie benötigten. Märkte entstanden also lange bevor es den Kapitalismus gab. Egal ob Sklavenhaltergesellschaft oder Feudalismus: Märkte existieren unabhängig von der zugrunde liegenden Produktionsweise. Sie werden auch nach dem Kapitalismus weiter bestehen. Und es wird ein »Danach« geben, da sich bisher keine Gesellschaftsform als »ewig« erwiesen hat.

DER ABSOLUTE MARKT

Allerdings unterscheidet der Kapitalismus sich insofern von anderen Gesellschaftsformen, als er die einzige ist, die den Markt absolut setzt, ihn zur Ersatzgottheit macht und meint, ihm und seinen Mechanismen so gut wie alle gesellschaftlichen Aufgaben übertragen zu können. In Wahrheit ist die Idee, eine Gesellschaft ausschließlich über Marktmechanismen zu steuern, eine Überforderung des Marktgeschehens. Hier wird den Märkten eine Bürde auferlegt, die sie nicht tragen können. Es ist absurd, eine komplexe Gesellschaft mit einem einzigen, simplen Parameter steuern zu wollen. Denn die scheinbar vielen Mechanismen des Marktes reduzieren sich bei genauem Hinsehen auf einen einzigen: Angebot und Nachfrage. Absurder ist nur noch die Entwicklung auf den modernen Finanzmärkten: sie suggerieren bloß, Märkte zu sein, sind es aber nicht mehr.

Die Vorgänge in der globalen Finanzwirtschaft sind der Sphäre vernunftgeleiteter Ökonomien enteilt und lassen sich daher mit halbwegs exakten ökonomischen Termini nicht mehr erklären. Auf diesen angeblichen Märkten werden keine Tauschwerte mehr verhandelt, sondern Glaubenssätze.

»Denn wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, da bin ich mitten unter ihnen.« Dieser Jesus zugeschriebene Satz (Mt 18,20) könnte so auch von einem fiktiven personalen Markt ausgesprochen worden sein. In beiden Fällen ist es eine Frage des Glaubens, welchen Wahrheitsgehalt man

der Aussage beimisst. Zumindest was den Markt betrifft, kann man mit Sicherheit sagen, dass seit Jahrtausenden (siehe oben) immer mindestens zwei Leute benötigt wurden, um die einfache Urform eines Marktes zu bilden. Ein Mensch allein ist kein Markt. Markt – das ist sowohl die Beschreibung einer menschlichen Verhaltensweise als auch die einer sozialen Beziehung.

Märkte im herkömmlichen Sinn gibt es in der Finanzwirtschaft nicht mehr, denn auf Märkten treffen sich Menschen und vereinbaren Tauschwerte auf Basis einer mehr oder weniger subjektiven Wertabschätzung. Im computerisierten Handel mit Finanzprodukten finden solche Abschätzungen nicht mehr statt. Hier werden weder Tausch- noch Gebrauchswerte verhandelt, sondern nach kleinen Differenzen im Preisgefüge gesucht, die für die Spekulationen nutzbar sind. Beim Handel mit Derivaten sind Wertfeststellungen so unsinnig wie im Casino: Niemand weiß, was der Einsatz – nachdem die Kugel zum Stillstand gekommen ist – wert sein wird. (Wer würde die Beziehung zwischen Spieler und Croupier als Markt bezeichnen?)

MATHEMATISCHE KONSTRUKTE

Derivate sind so marktforn, wie nur denkbar. Sie sind rein mathematische Konstrukte, die das Wertschätzungsvermögen des Individuums übersteigen und ausschalten. Daher führen sich Derivat-Märkte selbst ad absurdum, weil sie – mangels der Möglichkeit, auf reale Werte zu rekurrieren – kein Marktverhalten generieren können und müssen. Der einzige Gebrauchswert von Derivaten (in ihren immer komplexeren Verschachtelungen) ist der, dass man in ihnen überschüssiges Kapital, das auf Grund eben dieses Überflusses in der Realwirtschaft nicht mehr ausreichend investierbar ist, veranlagen kann; ihr einziger Gebrauchswert ist die Wertvernichtung, sobald die Blase geplatzt ist. Ihr Substrat liegt in der Festlegung von Siegern und Verlierern der Wette.

Wer die heißen Erdäpfeln nicht rechtzeitig weitergereicht hat, verbrennt sich die Hände. Mit Markt hat das nichts zu tun, denn der Tauschwert von Derivaten ist willkürlich und zufällig (im Sekundenhandel wird nicht der Wert des Handelsguts verhandelt, sondern von einer Maschine seine mögliche Entwicklung in der Zukunft antizipiert; der Sekundenhandel als Metaphysik des Finanzinvestors). Spätestens beim Platzen der Blase wird das offensichtlich. Niemand weiß, wie wirksam das Gift wirklich ist, das in Form undurchschaubarer Finanzprodukte auf den Festplatten der Finanzindustrie lagert.

Das Geschäftsmodell der Investmentbanken hat nichts mit Märkten oder Realwirtschaft zu tun, sondern ist längst zu einem Amalgam von Betrug, Camouflage und Metaphysik entartet: Systemische Steuerhinterziehung als Anlagemodell (Credit Suisse), Libor-Betrug (Barclay & Co.), Bilanzfälschung (Enron, Bennett/Refco) oder direkter Anlegerbetrug (Madoff). Wir haben es mit einem System globalisierter Unredlichkeit zu tun, organisiert unter tatkräftiger und lukrativer Mitarbeit von Anwälten, Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern und Bankiers. Es sind die angeblichen Eliten, die – wie schon oft in der Geschichte – bereitwillig alle Skrupel über Bord werfen, wenn es um ihren eigenen Vorteil geht. Von Märkten kann bei all dem keine Rede sein. Angesichts der Größenverhältnisse zwischen Realwirtschaft und Finanzspekulation ist es ohnedies lächerlich von einer »Markt«wirtschaft zu sprechen, da in deren Mittelpunkt ein Marktgeschehen (also die Deckung von Bedürfnissen durch Angebot und Nachfrage) stehen müsste.

Die Deckung menschlicher Bedürfnisse (realen oder durch Werbung geweckten) steht nicht auf der Agenda der Finanzmärkte. Sie kennen nur die Bedürfnisse der Finanzindustrie. Wir befinden uns in einer Kapitalverwertungsgesellschaft, die sich in camouflierender Art selektiv bestimmter Marktmechanismen bedient, um uns das Vorhandensein von Märkten, Finanzmärkten, vorzugaukeln. Was uns als »Marktverhalten« verkauft wird, ist in Wirklichkeit die Willkür einer Finanzoligarchie, die sich als Markt verkleidet. Wenn EU-Politiker am Sonntag beschließen, die spanischen Banken »aufzufangen«, und am Montag Rating-Agenturen genau diese Banken herabstufen, dann hat das nichts mit Märkten zu tun (denn die Risiken wurden durch die Beschlüsse aus den Märkten genommen), sondern ist bloße Willkür, eine Machtdemonstration mit dem Nebeneffekt, die Renditen zu erhöhen. Nicht Märkte treffen diese Entscheidungen, sondern Menschen. Die Märkte sind in diesen Prozessen bloß noch Camouflage.

MENSCHEN VERSAGEN

Nicht Märkte versagen. Es sind Menschen, die versagt haben. Sie verstecken sich hinter angeblichen Marktmechanismen, die von ihnen selbst längst außer Kraft gesetzt worden sind. Die Akteure spielen Markt, sind selbst aber eine Symbiose von Angebot und Nachfrage. Man sehe sich die verschlungenen Pfade der Finanzprodukte an. Oft ist nicht einmal mehr feststellbar, wie viele Metaebenen sich über den zugrunde liegenden Realgeschäften (meist wertlose aber ursprünglich schamlos überbewertete Immobilien) auftürmen: Kredite,

Absicherungen, Versicherungen, Bündelungen. Optionen auf Optionen von Optionen. Nicht die Wurstsemmel wird gehandelt, sondern das Recht, die Beschreibung einer Wurstsemmel zu bestellen, wenn es zu Vollmond nicht regnet.

Die angeblichen Märkte haben Namen und Gesichter, haben Adressen, sind lokalisierbar. Hinter der Maske des Marktes verbergen sich Menschen, die Entscheidungen treffen. Es ist ihnen aber gelungen, sich hinter der Anonymität des Begriffes »Markt« zu verschanzen, die persönliche Verantwortung auf ein Markt»geschehen« abzuwälzen, dem sie angeblich machtlos gegenüber stehen, obwohl sie selbst an den Schalthebeln sitzen. Die kollektive Verantwortungslosigkeit konkret handelnder Individuen camouffiert sich hinter dem Begriff »Marktgesetze«, und das ist eine Beleidigung für jeden ordentlichen Kaufmann, der versucht, mit realen Geschäften auf tatsächlichen Märkten zu reüssieren.

VERWERTUNGSKRISE DES KAPITALISMUS

Die derzeitige Krise hat nichts mit »Marktversagen« zu tun. Bei der Antwort auf die Frage, was denn das Wesen der momentanen Krise sei, sprechen auch linke Ökonomen ungenau Klartext. Man ist sich zwar einig, dass der neoliberale Deregulierungswahn zur unkontrollierten Entfesselung der Finanzmärkte geführt hat, bleibt damit aber an der Oberfläche, denn die Ursache liegt tiefer. Wir haben es mit einer klassischen Verwertungskrise des Kapitalismus zu tun. In den Jahrzehnten des Wiederaufbaus und mehrerer industrieller und elektronischer Revolutionen wurden enorme Kapitalmengen neu akkumuliert, die nun auf der Suche nach gewinnbringenden Anlagemöglichkeiten sind. Diese sind jedoch begrenzt. Das anzulegende Kapital übersteigt die Anlagemöglichkeiten in der Realwirtschaft. Überkapazitäten treffen auf Marktsättigung.

Ein Phänomen, das schon der keineswegs kapitalismuskritische Ökonom Ricardo in Form des »tendenziellen Falls der Profitrate« festgestellt hat. Wir sind genau in dieser Situation. Nicht der »böse Spekulant« hat uns die Probleme auf den Finanzmärkten eingebracht, sondern die Tatsache, dass das anlagesuchende Kapital, bevor es sich selbst vernichtet, versucht, angelegt zu werden. Dies ging nur, indem die Finanzindustrie durch gezieltes Lobbying und Verbreitung diverser Theorien (von der Laffer-Kurve bis zu allen Spielarten des Neoliberalismus) die Deregulierung der Finanzmärkte durchsetzte, ihnen so den Marktcharakter nahm und Platz schaffte für absurde Konstruktionen, die aber in der Lage waren, überschüssiges Kapital aufzusaugen. Dass dies in einem Platzen


der Blase enden musste, war bekannt und erwünscht, denn Verwertungskrisen lassen sich nur durch Kapitalvernichtung lösen. Indem man die öffentlichen Pensionssysteme schwächte, die Menschen in die private Vorsorge zwang, wurde Geld in die Finanzindustrie umgelenkt, das dort nichts zu suchen hat. Beim Platzen der Blase würden die Profis sich längst aus dem Staub gemacht haben (nicht mehr investiert sein) und die Durchschnittsbürger die Zeche bezahlen: es ist ihre kapitalisierte Alterssicherung, die zur Vernichtung von Kapital erhalten muss. Da das allein nicht ausreicht, wird die übrige notwendige Kapitalvernichtung an die Allgemeinheit weitergereicht. Die verschiedenen Rettungsschirme dienen dazu, private Verluste zu sozialisieren (»Systemrelevante Banken dürfen nicht Pleite gehen« – systemrelevant wurden sie erst durch die Deregulierung!).

Die notwendige Vernichtung von überschüssigem Kapital erfolgt – paradox wie der Kapitalismus ist – durch die Flutung der Märkte mit Notenbankgeld. Was hier an Geld gedruckt wurde, muss der Teil der Bevölkerung, der über keine großartigen Immobilienbesitztümer verfügt, auf dem Umweg über die Inflationierung (private Alterssicherung, Lebensversicherung, Sparguthaben) bezahlen. Die Finanzkrise ist also nichts anderes als eine sublimen und trotzdem brutale Form von Klassenkampf: es geht darum, wessen Geld zum Zweck der Kapitalvernichtung inflationiert wird – das des Mittelstandes und die wenigen Ersparnisse (und die geringen Pensionsansprüche) der sonst weitgehend eigentumslosen Schichten.

Dieser Kapitalismus ohne Regeln, ohne persönliches Verantwortungsgefühl, ohne ein Mindestmaß an Anstand, ohne die Bereitschaft der Akteure, bei Fehlern auch wieder individuelle, schmerzhaftige Konsequenzen auf sich zu nehmen (man kann das hochtrabend »Moral« nennen), wird der fundamental einzigen Aufgabe jedweden Wirtschaftens nicht gerecht: die Lebensbedürfnisse einer möglichst großen Zahl von Menschen zu befriedigen.

Die These Adam Smiths, man solle sich beim Apotheker lieber auf seinen Geschäftssinn verlassen als auf seine Moral, wurde in den letzten zwanzig Jahren fulminant wie noch nie widerlegt. Ein unmoralischer Apotheker schiebt uns wertlose Pillen über die Buddel, um seinen Gewinn zu maximieren. Ein Apotheker, der neben seinem Geschäftssinn auch über die Fähigkeit zu Empathie, Humanismus und Nächstenliebe verfügt, dies alles auch in sein Geschäftsgebaren einfließen lässt, ist dem gewinnmaximierenden Giftmischer allemal vorzu-

ziehen. Oder glaubt noch irgendwer allen Ernstes, dass eine Gesellschaft, in der die »Unanständigkeit« als höchste Form des Eigennutzes zum Geschäftsmodell geworden ist, dank der bis heute tatsächlich unsichtbaren Hand zu einem lebenswerten Gemeinwesen mutieren kann? Wer von uns ist ernsthaft bereit, zu glauben, dass eine Gesellschaft moralisch gesunden würde, wenn nur alle Individuen möglichst »böse«, »schlecht« und »unanständig« handeln würden? Dass die Summe aller möglichst rücksichtslos ausgelebten Egoismen denselben Effekt hätte wie Solidarität? Denn das ist der Kern der neoliberalen Idee.

Unsere Eliten haben diese Idee – quer über alle Parteigrenzen hinweg – verinnerlicht und finden jetzt keinen Weg mehr ins Freie. Die Ratlosigkeit, die aus den Augen der Politiker spricht, wenn sie sich auf den Rettungsgipfeln der EU zum Gruppenfoto aufstellen, schreit nach Aufklärung – als Ende der Camouflage und als Ausweg aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit. Und die Sozialdemokratie ist aufgefordert, den Sonntagsreden gegen den Neoliberalismus wirksame Taten folgen zu lassen. 

MICHAEL AMON

lebt als freier Schriftsteller in Wien und Gmunden. Zum Thema sei auf seinen Essayband »Nach dem Wohlstand« (molden/Styria) verwiesen. In diesem Frühjahr erschien der Kriminalroman »Wehe den Besiegten« (echomedia Buchverlag), der ironisch die Vermischung von Politik und Wirtschaftskriminalität thematisiert, als zweiter Band der »Wiener Tetralogie der Vergeblichkeiten«. Im Herbst 2013 erscheint sein »Panikroman« (Klever Verlag), eine literarische Begegnung mit den Finanzmärkten.





ALAÏA.
AZZEDINE ALAÏA IM 21. JAHRHUNDERT
NRW-FORUM DÜSSELDORF

Das Bankgeheimnis – Aufklärung statt Mythenbildung

Was und wen schützt das österreichische Bankgeheimnis eigentlich? ATTAC-Aktivist Gerhard Zahler-Treiber geht dieser Frage anlässlich anhaltender Zwigigkeiten innerhalb der Bundesregierung bzw. zwischen Österreich und seinen europäischen Partnern nach.

Rund um das österreichische Bankgeheimnis ranken sich seit Jahrzehnten hartnäckig zahlreiche Mythen. Das anonyme Sparbuch und das Bankgeheimnis waren in der Nachkriegszeit als Instrumente eingeführt worden, um das außerhalb des legalen Geldkreislauf befindliche Geld aus dem Schwarzhandel in das reguläre Bankensystem zu transferieren. Um genügend Kapital für die notwendigen Investitionen im Zuge des Wiederaufbaus zu haben, war es in dieser Zeit sinnvoll, das heimische Ersparte einzusammeln sowie ausländisches Kapital anzulocken. Nachdem der Wiederaufbau erfolgreich bewerkstelligt war und die Ausstattung mit Kapital kein Problem mehr darstellte, ist es sachlich nicht mehr angebracht, die Anonymisierung und das Bankgeheimnis beizubehalten. Und tatsächlich kam schließlich das Ende für das anonyme Sparbuch. Seit 2002 kann kein Sparbuch mehr eröffnet werden, ohne dass die Personalien des Berechtigten aufgenommen werden müssen. Das Bankgeheimnis blieb jedoch nach wie vor bestehen. Um das Bankgeheimnis aufrecht zu erhalten, wird in Österreich seit Jahrzehnten der Mythos bemüht: »Das Bankgeheimnis schützt das Sparbuch der Oma.« Der/die kleine SparerIn wird vorgeschoben, um das Bankgeheimnis als eine Errungenschaft darzustellen, die im Interesse des Durchschnittsbürgers liegt.

GESETZLICHE BESTIMMUNGEN

Entspricht das aber auch den Tatsachen? Um das beurteilen zu können, ist es nützlich, sich genauer anzusehen, was das Bankgeheimnis bewirkt und wem es dienlich ist. Das Bankgeheimnis ist im § 38 Bankwesengesetz geregelt. Es ist wegen der Bestimmung in Absatz 3 nur durch eine Verfassungsmehrheit veränderbar, obwohl das BWG selbst nicht Verfassungsrang hat. Was schreibt § 38 nun genau den Banken vor? Diese dürfen Auskünfte über ihre Kunden nur auf richterlichen Antrag geben, wenn ein Strafverfahren anhängig ist, oder wenn ein verwaltungsbehördliches Finanzstrafverfahren wegen ei-

nes vorsätzlich begangenen Finanzvergehens, ausgenommen einer Finanzordnungswidrigkeit, eingeleitet worden ist. Eine Kontoauskunft kann nur ein österreichisches Gericht verfügen, unabhängig davon, ob der Inhaber Österreicher oder Ausländer ist und ob er im In- oder Ausland wohnt. Informative Auskünfte über Konten an Behörden, wie sie etwa in Deutschland üblich sind, stellen in Österreich eine Straftat dar. Werden Organen von Behörden sowie der Oesterreichischen Nationalbank bei ihrer dienstlichen Tätigkeit Tatsachen bekannt, die dem Bankgeheimnis unterliegen, so haben sie diese als Amtsgeheimnis zu wahren.

In einigen Ausnahmefällen, z.B. im Todesfall, sieht das BWG auch gegenüber dem Abhandlungsgericht die Auskunftspflicht vor. Auch staatliche Stellen bekommen bis auf diese Ausnahmen keine Auskünfte von den Banken. Bei ausländischen Strafverfahren dürfen Auskünfte ebenfalls nur im Rahmen eines Amtshilfeabkommens gegeben werden. Voraussetzung ist in diesem Fall, dass der gleiche Tatbestand in Österreich ebenfalls zu einer Kontenöffnung führen würde. So werden beispielsweise Rechtshilfeersuchen von Deutschland wegen einer Finanzordnungswidrigkeit kategorisch abgelehnt.

BEHINDERUNG DER FINANZBEHÖRDEN

Da die Finanzbehörden keine Auskünfte über die Kapitalerträge ihrer Staatsbürger in Österreich bekommen, haben sie keinen direkten Zugriff auf die Steuerleistung ihrer Staatsbürger. Damit die Einkommen aus Kapital trotzdem besteuert werden können, wird in Österreich eine Kapitalertragsteuer (KESt) mit einem fixen Steuersatz von der Bank einbehalten und dem Finanzamt abgeliefert. Was für die eigenen Staatsbürger gilt, trifft auch die ausländischen Bürger zu. Auch hier haben die Steuerbehörden keine Möglichkeit, die Kapitalerträge ihrer Staatsbürger in Österreich in Erfahrung zu

bringen. Damit der ausländische Fiskus nicht um die Kapitalertragsteuer gebracht wird, heben die Banken in Österreich automatisch eine KEST von 35 % ein, wobei 25 % an die ausländischen Finanzbehörden anonymisiert weitergegeben werden. Also entgehen z.B. den deutschen Finanzbehörden nicht die Steuern aus den Kapitalerträgen ihrer Bürger in Österreich. Da Österreich jedoch keine Informationen über die Bankdaten deutscher Staatsbürger an sie weitergibt, können die Finanzbehörden nicht überprüfen, ob bei dem nach Österreich transferierten Kapital alles steuerlich korrekt ist.


Die deutschen Finanzbehörden können im Normalfall also nicht der Frage nachgehen, ob es sich nicht möglicherweise um Schwarzgeld handelt. Nur wenn sie auf anderem Wege an Informationen kommen, die einen konkreten Verdacht nahelegen, sind die Steuerbehörden im Zuge eines Amtshilfeverfahrens in der Lage Informationen von einer österreichischen Bank zu erhalten und dadurch den Verdacht zu erhärten oder zu entkräften. An die notwendigen Informationen, um die Voraussetzungen für die Amtshilfe zu erfüllen, kommen die Finanzbehörden nur in Ausnahmefällen heran: Eine Ehefrau, die im Zuge einer Scheidung im Zorn ihren Ehemann bei den Behörden anschwärzt bzw. ein/e enttäuschte/r Mitarbeiter/in, der den ehemaligen Vorgesetzten verpfeift – das sind die raren Fälle, wo die nötigen Informationen den Behörden bekannt werden.

EU-ZINSRICHTLINIE

Deshalb wäre den ausländischen Behörden erst dann wirkungsvoll geholfen, wenn sich Österreich am automatischen Informationsaustausch beteiligte. Obwohl es seit 2003 eine EU-Zinssteuer-Richtlinie gibt, die den Austausch der Informationen vorsieht, meldet Österreich weiterhin keine Daten an ausländische Behörden. Stattdessen führen, wie oben ausgeführt, die österreichischen Banken anonym die Quellensteuern ab. Im April 2013 hat Österreich jedoch gegenüber seinen EU-Partnern erklärt, das Bankgeheimnis für ausländische Staatsbürger zu lockern und sich unter bestimmten Voraussetzungen an einem automatischen Informationsaustausch zu beteiligen. Allerdings gibt es große Unterschiede zwischen den Aussagen von Finanzministerin Fekter und Bundeskanzler Faymann. Fekter sagt, die Beteiligung von fünf Drittstaaten sei die Voraussetzung für eine Mitwirkung Österreichs. Der Bundeskanzler hingegen hat versichert, dass Österreich beim automatischen Informationsaustausch mitgehen werde, um der Steuerhinterziehung von ausländischen Staatsbürgern einen Riegel vorzuschieben.

Dem Nachgeben war ein großes mediales Echo auf die Veröffentlichung der sogenannten »Offshore-Leaks« vorausgegangen. Einem internationalen Journalistennetzwerk war eine große Datenmenge zugespielt worden, die Informationen über die Verstrickung von konkreten Personen in steuer-schonende Offshore-Konstruktionen enthalten. Diese Daten legen den Schluss nahe, dass große Geldmengen in Steueroasen rund um den Globus vor dem Fiskus verborgen werden. Außerdem hatte Luxemburg öffentlich erklärt, von seinem strengen Bankgeheimnis abzurücken und in Zukunft kooperativ beim Austausch von Daten zu sein.

STEUERGERECHTIGKEIT

Das Bankgeheimnis ist jedoch nicht nur bei der Strafverfolgung ausländischer Staatsbürger hinderlich, sondern bringt auch in Österreich selbst Nachteile für die Steuergerechtigkeit mit sich. Da den Finanzbehörden von den Banken keine Informationen über die Kapitalerträge gemeldet werden, können diese nicht Individuen zugeordnet werden. Eine progressive Besteuerung dieser Erträge aufgrund der individuellen Zuordnung ist somit nicht möglich. Daher ist eine progressive Besteuerung wie bei Lohn- und Einkommensteuer nicht möglich. Während Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Arbeit einem Steuersatz zwischen 0 und 50 % unterliegt, unterliegen Zinserträge in Österreich einer 25-prozentigen Quellensteuer, die von den Banken eingehoben und an die Steuerbehörden weitergegeben wird. Inzwischen sind auch alle anderen Formen von Kapitalerträgen den Zinserträgen gleichgestellt. Ein einheitlicher Steuersatz, deren Einhebung den Banken obliegt, stellt zwar eine große Verwaltungsvereinfachung für die österreichischen Steuerbehörden dar, ist aber nicht fair gegenüber den anderen Steuerpflichtigen. Die gern evozierte »Oma«, die von der Mindestpension lebt, hat für ihr kleines Sparbuch für Zinserträge von weit unter hundert Euro den gleichen Steuersatz zu entrichten wie ein Großaktionär, der jährlich Dividendenzahlungen in Millionenhöhe einstreift. Also wäre ein Abrücken vom strengen Bankgeheimnis auch für Inländer sinnvoll, um die Voraussetzungen für eine fairere Besteuerung von Kapitalerträgen zu schaffen. Denn im Sinne der Gerechtigkeit sollte leistungsloses Kapitaleinkommen bei höheren Erträgen mindestens so hoch wie Einkommen aus Arbeit besteuert werden. 

GERHARD ZAHLER-TREIBER

ist Philosoph und Sprecher von Attac Österreich
in Fragen der Steuergerechtigkeit.

Vom Klubzwang

Ist der »Klubzwang« das eigentliche Hemmnis des österreichischen Parlamentarismus? Rund um die SPÖ-Listenerstellung und die beschämenden Manöver bei der Platzierung der für die Parteispitze manchmal unbequemen Abgeordneten Sonja Ablinger kocht diese Debatte in einigen Medien wieder hoch. Ludwig Dvořák setzt sich in seinem Beitrag mit der Frage der Legitimität der einheitlichen Abstimmungslinie, der notwendigen Stärkung des Parlamentarismus und dem Umgang mit interner Kritik auseinander.

Für STANDARD-Chefredakteurin Alexandra Förderl-Schmid leitet sich die Fragwürdigkeit des nirgendwo offiziell so genannten, aber regelmäßig öffentlich erlebten »Klubzwangs« direkt aus Artikel 1 unseres Bundesverfassungs-Gesetzes ab: »Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volke aus.« Die Bestrafung kritischer Abgeordneter wie Herbert Bösch, Johannes Voggenhuber oder Ferry Maier durch ihre Parteien zeigten, wie der Klubzwang die Abgeordneten zu »Parteisoldaten« degradierte, die lieber die Parteilinie verträten als das Volk, das sie gewählt habe.

Nun ist die Förderl-Schmids Befürchtung, dass Parteiführungen am liebsten nur noch »Abnicker« ins Parlament setzen wollen, durchaus verständlich. Andererseits: Ist es nicht irgendwie naheliegend, dass ein Parlamentsklub einer Partei nach einer Wahl möchte, dass die Abgeordneten, die auf ihren Listen gewählt wurden, die Politik auch umsetzen, für die man die Partei gewählt hat?

PARTEIFREIE POLITIK?

Haben wir als WählerInnen ein echtes Interesse daran, dass 183 Nationalratssitze zwar nach einem System der Verhältnismäßigkeit auf Wahlparteien verteilt werden, die ParlamentarierInnen dann aber fünf Jahre lang nur machen, was sie persönlich für gut und richtig halten? Konsequenz zu Ende gedacht würde das wohl zu Frank Stronachs verquerem Modell von durch Los bestimmten Abgeordneten führen.

An dieser Stelle kommt regelmäßig die Schaffung einer direkten Abgeordnetenwahl in einem Mehrheitswahlrecht ins Spiel: Würden die von ihren Parteien nominierten Abgeordneten direkt gewählt werden, so wären sie, wie oft argumentiert wird, auch ihren WählerInnen unmittelbarer verpflichtet. Sie wären unabhängiger und könnten sich dem Klubzwang leichter widersetzen. Begleitet werden derartige

Überlegungen von Diskussionen über Volksbegehren, die via automatisierter Volksbefragungen oder -abstimmungen letztlich auch am Parlament vorbei zu Gesetzen führen sollen. Gesetze, die dann, so die Verheißung, von den BürgerInnen gemacht werden, nicht von der Politik, der implizit oder sogar explizit die Lösungskompetenz für grundlegende Fragen abgesprochen wird. Mit so genannten »Demokratiepaketen« haben alle Fraktionen – die SPÖ ohne, alle anderen Parteien mit schier grenzenlosem Enthusiasmus – solche Vorschläge auf die Agenda gesetzt.¹

All diese Überlegungen, so unterschiedlich sie sind, haben letztlich eines gemeinsam: Sie verorten das Hauptübel der gegenwärtigen Politik in den Parteien. Die Parteien und die Wahrnehmung ihrer Interessen seien es, die einer am Allgemeinwohl orientierten Politik am stärksten im Wege stünden.

Es ist offensichtlich, dass dieser Vertrauensverlust eine Reaktion erfordert. Die Paradoxie aller bisher genannten Reformüberlegungen beruht aber darin, dass sie genau jene Elemente unseres politischen Systems, die sie als Problemursache denken, unberührt lassen: die Parteien. Denn der Blick in andere Länder zeigt, dass diese, unabhängig vom Wahlsystem, mit ähnlichen Problemen zu kämpfen haben, wie sie auch bei uns konstatiert werden.

Britische Abgeordnete z.B. werden direkt gewählt, über »Klubzwang« und seine Intensität wird je nach Abstimmung entschieden. Trotzdem gab es nie zuvor so beherzte Abnicker in der Labour-Fraktion wie unter der Regierung von Tony Blair. In Deutschland wird rund die Hälfte der Abgeordneten direkt gewählt. Als Gerhard Schröder mit seiner Agenda-Politik Deutschlands Sozialsystem in Frage stellte, folgte die SPD-Fraktion unter Gemurre fast ohne AbweichterInnen.

INNERPARTEILICHE DEMOKRATIE

In diesen wie in den von Förderl-Schmid genannten Fällen ist es weniger das Ringen um eine einheitliche Linie, die zum Problem wird, es ist der Umgang mit denen, die um diese Linie ringen wollten. Bösch, Voggenhuber, Maier: Sie sind nicht an ihrer Widerborstigkeit bei Abstimmungen gefallen, sondern darüber, dass sie Widerspruch angemeldet haben und ihren Parteiführungen unbequem waren.

Der Begriff des »Klubzwangs« impliziert, dass alle Abgeordneten einer gemeinsamen Linie folgen sollen. Dadurch soll der eigenen Politik zum Durchbruch verholfen werden. Dass eine Partei geschlossen ihre Politik betreiben will, darin selbst ist m.E. aber weder WählerInnenverrat noch eine unzulässige Einschränkung des freien Mandats zu erkennen. Im Gegenteil haben die WählerInnen ja ein gewisses Interesse daran, dass eine Partei ihre Politik konsequent verfolgt und keinen Floh-zirkus veranstaltet.

Die Schlüsselfrage ist allerdings, wie eben diese Linie festgelegt wird. Hier manifestiert sich tatsächlich ein permanenter Entdemokratisierungsprozess, der sich innerparteilich abspielt, aber mit umso größerer Vehemenz in die Außenwelt tritt. Das, was in der Öffentlichkeit als Parteilinie bezeichnet wird, ist zumeist nicht das, was eine Partei nach ausführlicher Debatte als Position beschließt, sondern das, was der Regierungschef oder andere Parteigranden vorgeben. In Deutschland verknüpfte Gerhard Schröder kurzerhand heikle Abstimmungen mit der Vertrauensfrage: An die Stelle inhaltlicher Debatte trat die offene Erpressung der eigenen Fraktion. Tony Blair wiederum schaffte sogar schrittweise das Recht des Parteitags ab, über Anträge abzustimmen und Parteibasis und Gewerkschaften zumindest indirekt Einfluss auf die Parteilinie nehmen zu lassen.

Auch wenn die österreichische Sozialdemokratie aufgrund ihrer gewachsenen Strukturen deutlich besser dasteht, sind derartige Manöver auch hierzulande nicht unbekannt. Prominentestes Beispiel ist das Thema Wehrpflicht: Ohne interne Debatte hatte die Partei über Nacht eine neue »Linie«, über die man aber vorsichtshalber beim Bundesparteitag erst gar nicht abstimmte.

All dies sind Phänomene, die Colin Crouch vor nun bald zehn Jahre als Phänomen der Postdemokratie beschrieben hat: Die Führungen von Massenparteien entkoppeln sich von ihrer Basis und von ihren Kernschichten, ihr Verhalten wird

durch einen Stab von DemoskopInnen, LobbyistInnen und MeinungsmacherInnen determiniert. Dadurch schwinde aber auch der öffentliche Rückhalt der Parteien und auch ihre Möglichkeit, der neoliberalen Umgestaltung der Wirtschaft etwas entgegenzustellen.²

ABLINGER UND DER »KLUBZWANG«

Der »Klubzwang« kann als Selbstdisziplin zur Durchsetzung gemeinsam diskutierter und beschlossener Programme legitimiert werden. Er dient letztlich der Bindung des Parlamentsklubs als ein Organ einer auf Veränderung gerichteten politischen Bewegung an deren demokratisch gefasste Beschlüsse. Hier kommt nun der Umgang mit Sonja Ablinger ins Spiel. Ablinger hat in zwei sensiblen Punkten Widerspruch angemeldet: Zum einen im Fremdenrecht, dessen weiterer Verschärfung sie sich 2011 entzog. Zum anderen in der Ausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik: 2012 stimmte sie gegen den Fiskalpakt, im Frühjahr 2013 war sie Mitinitiatorin einer erfolgreichen europaweiten Initiative gegen den sogenannten Wettbewerbspakt.

An beiden kritisierte sie, dass diese Projekte für das genaue Gegenteil dessen stünden, wofür Europas Sozialdemokratie in der Wirtschafts- und Euro-Krise kämpfen müsste. Statt konjunkturellem Gegensteuern und einem Abbau der Ungleichheiten in Leistungsbilanzen, Einkommens- und Vermögensbeteiligung drohen eine Perpetuierung der Krise und weitere Angriffe auf die Sozialsysteme. Tatsächlich haben jüngste Konjunkturprognosen einen Aufschwung in Europa bei steigender Arbeitslosigkeit vorläufig abgesagt und (wieder einmal) um ein Jahr in die Zukunft verschoben. An diesem Punkt muss man sich fragen: Wer folgt hier eigentlich der Parteilinie und wer ist der Abweichler?


Derartig weitgehenden strategischen Weichenstellungen müssten, so meint man, strategische Debatten und Entscheidungen vorangehen. Genau das passierte beim Fiskalpakt nicht: An der Partei ging die Frage nahezu spurlos vorbei, im Klub wurde er zur Diskussion gestellt, als der Kanzler auf EU-Ebene dem Regelwerk bereits zugestimmt hatte. Als Ablinger sich dennoch als einzige dem Fiskalpakt verweigerte, wurde ihr der Vorwurf gemacht, sie »verweigere sich der Verantwortung«.

Dieses Argument ist nun wahrlich eine Pervertierung des Verantwortungsbegriffs, letztlich aber auch der Idee der Klubdisziplin: Die Abstimmungs-Solidarität ist kein Ersatz

für ernsthafte innerparteiliche Debatte und dem eigenen politischen Gewissen und der Parteibasis verpflichteten Widerspruch, sie ist auch kein Grund für das pflichtschuldige Entgegennehmen von diktierten Anweisungen »von oben«. Sie ist am allerwenigsten eine Entschuldigung dafür, wider besseres Wissen einer falschen Maßnahme zuzustimmen, sie mit wackligen Argumenten vor sich selbst und anderen zu rechtfertigen und die KritikerInnen dafür zu beschimpfen, an das von Selbstzweifeln geplagte eigene Handeln zu erinnern. Klubdisziplin ist eine legitime Selbstverpflichtung, sich nach demokratischen innerparteilichen Debatten und den darauf folgenden Beschlüssen zu richten. Wer letzteres nicht zulässt, kann ersteres nicht einfordern.

DISKUSSION ZULASSEN

Es ist der Mangel an demokratischer Diskussions- und Entscheidungskultur, der der Sozialdemokratie organisatorisch und politisch stark zusetzt. Organisatorisch, weil die aktive Mitgestaltung von Politik das stärkste Motiv für politisches Aktivwerden ist. Politisch, weil einsame Entscheidungen nur in den seltensten Fällen wirklich kluge Entscheidungen sind und weil die Abstumpfung des zu »Abnickern« degradierten politischen Personals die Politikfähigkeit nicht größer macht.

In diesem Sinne geht es bei der Frage eines sicheren Listenplatzes für Sonja Ablinger um mehr als um die teilweise daneben liegende Kritik an einem falsch verstandenen Klubzwang. Es geht darum, wie die Bundespartei mit ernsthafter, nicht auf Effekthascherei abzielender innerparteilicher Diskussion umgeht. Die Frage ist, ob eine Parteiführung in der Lage ist, ihre Politik argumentativ überzeugend darzustellen, oder ob potenzielle KritikerInnen mit verschrobenen Winkelzügen eliminiert werden. Eines sollte allen Beteiligten klar sein: Wer sich innerparteilich kritischen Fragen lieber dadurch entzieht, die FragestellerInnen zu entfernen, wird es kaum schaffen, eine der Politik an sich immer feindseliger gegenüberstehenden Öffentlichkeit vom eigenen Tun zu überzeugen. Wer sich an diesen Winkelzügen beteiligt, tut der politischen Kultur und sich selbst keinen Gefallen. 

1. Es gehört zu den skurrilen Blüten des heimischen Parlamentarismus, dass ausgerechnet der Bundespräsident – dessen Amt 1929 als Widerpart zu einem zu starken Parlament konzipiert werden sollte – als einsamer Rufer in der Wüste die Abgeordneten im Juni vor ihrer geplanten Selbstentmachtung (ohne Begutachtungsverfahren) warnen und sich dafür von blauen, orangen und grünen ParlamentarierInnen auch noch als Verhinderer darstellen lassen musste.
2. Crouch, Post-Democracy (2004), Polity Press, Cambridge

LUDWIG DVOŘÁK

ist geschäftsführender Chefredakteur der ZUKUNFT



ALAÏA.
AZZEDINE ALAÏA IM 21. JAHRHUNDERT
NRW-FORUM DÜSSELDORF

Technokraten, Ungarn & Religion



Jürgen Habermas IM SOG DER TECHOKRATIE

Angesichts der Gefahr, dass technokratische Eliten die Macht übernehmen und die Demokratie auf Marktconformität zurechtstutzen könnten, plädiert Habermas für grenzüberschreitende Solidarität. Neben Habermas' Heine-Preis-Rede

enthält der Band einen Aufsatz, in dem der Philosoph sich mit der prägenden Rolle jüdischer Remigranten nach dem Zweiten Weltkrieg auseinandersetzt.

SUHRKAMP, 194 Seiten, 12,40 Euro



Ilan Pappé / Jamil Hilal (Hrsg.) ZU BEIDEN SEITEN DER MAUER

Der vorliegende Band ist das Ergebnis einer Kooperation israelischer und palästinensischer Historiker und Soziologen, um die Geschichte dieses umkämpften Landes in einem gemeinsamen Kontext aufzuarbeiten. Ilan Pappé und Jamil Hilal

versammelten namhafte Wissenschaftler von beiden Seiten der Mauer zu einem Dialog über Geschichte, Identität und Ursachen sowie mögliche Lösungen dieses unerklärten Krieges.

LAIKA, 443 Seiten, 29,70 Euro



Markus Gabriel WARUM ES DIE WELT NICHT GIBT

Dass es die Welt nicht gibt, ist eine alte Weisheit, die aber noch immer niemand richtig verstanden hat. Denn meistens wird daraus geschlossen, dass es dann eben gar nichts gibt. Mit Sprachwitz legt Gabriel dar, dass es zwar nichts gibt, was es nicht gibt – die Welt aber unvollständig

ist. Wobei eine gute Prise Humor durchaus dabei hilft, sich mit unseren Abgründen auseinanderzusetzen.

ULLSTEIN, 271 Seiten, 18,60 Euro



Andreas Koob u. a. MIT PFEIL, KREUZ UND KRONE

Was der seit 2010 mit einer Zweidrittelmehrheit regierende Fidesz als »nationale Revolution« bezeichnet, ist Ausdruck einer völkischen Agenda, die alle Bereiche der Gesellschaft erfasst hat. Dazu trägt auch die faschistische Jobbik bei, die als drittstärkste Kraft im Parlament vertre-

ten ist. Mit ihren Garden hat sie das gesellschaftliche Klima maßgeblich geprägt.

UNRAST, 208 Seiten, 14,70 Euro



Mark Lilla DER TOTGEGLAUBTE GOTT

Mark Lilla, Wissenschaftler an der Columbia University, zeichnet in seinem viel beachteten Buch den langen Weg zum säkularen, aufgeklärten Staat nach und plädiert für die konsequente Verbannung des Religiösen aus der politischen Sphäre.

Heute ist es kaum noch vorstellbar, dass aus unserer Mitte je wieder Theokratien entstehen oder bewaffnete Banden religiöser Fanatiker einen Bürgerkrieg anzetteln könnten.

KÖSEL, 304 Seiten, 22,70 Euro



Hermann Knoflacher ZURÜCK ZUR MOBILITÄT

Verkehrsexperte Hermann Knoflacher beweist, dass mit mehr und besser ausgebauten Straßen nicht die Mobilität, sondern nur die Länge der zurückgelegten Wege zunimmt und die Lebensqualität sinkt! Es braucht neue Denkmuster, die

für den Rückzug des Autos aus den Lebensräumen sorgen und so zu weniger Lärm, Staub und Abgasen und kürzeren Wegen führen.

UEBERREUTER, 112 Seiten, 9,95 Euro

Briefe, ein Falke & Knockemstiff



Willy Brandt/Günter Grass
DER BRIEFWECHSEL

Das Buch präsentiert den bislang unveröffentlichten Briefwechsel von Brandt und Grass. Fast drei Jahrzehnte lang haben sie ihn geführt und zögerlich, über Euphorien und Zerwürfnisse hinweg, zu einer bemerkenswerten Freundschaft

gefunden. Ein Essay des Herausgebers erläutert die Hintergründe dieses bedeutenden Dokuments zur zweiten, der intellektuellen Gründung der Bundesrepublik.

STEIDL, 1230 Seiten, 50,60 Euro



Eugen Ruge
CABO DE GATA

Ein Mann lässt alles hinter sich. Der Zufall bringt ihn nach Cabo de Gata, ein Fischerdorf an der Mittelmeerküste. Die Landschaft ist öde, ein kalter Wind weht: kein Ort zum Bleiben. Und doch bleibt er, ein einsamer Gast in der Pension der

alten Witwe. Das einzige Wesen, zu dem er Kontakt aufnimmt, ist eine Katze. Und plötzlich glaubt er zu begreifen, dass sie ihm etwas mitteilen will ...

ROWOHLT, 208 Seiten, 20,60 Euro



Jamil Ahmad
DER WEG DES FALKEN

Der Autor zeigt uns die archaische Welt der Grenzregion zwischen Pakistan, Afghanistan und Iran. Das Leben des Jungen Tor Baz ist eine einzige Odyssee. Er erlebt Stammeszwiste und Mädchenhandel, er begegnet Rebellen und Militärs, aber auch ganz normalen Männern und Frauen, die alles geben würden, um ihre traditionelle Lebensweise zu bewahren. Die jedoch beginnt sich vor ihren eigenen Augen aufzulösen.

HOFFMANN UND CAMPE, 192 Seiten, 20,60 Euro



Elliot Perlman
TONSPUREN

Ein junger Afroamerikaner, ein Holocaust-Überlebender, ein Geschichtsdozent – drei Schicksale, wie sie unterschiedlicher kaum sein können, verknüpfen sich zu einer epischen Erzählung über Erinnerung, Liebe, Schuld und

unerwartetes Heldentum. Der Autor führt uns vom Polen des 2. Weltkrieges über die amerikanische Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre bis in das New York der Gegenwart.

DVA, 704 Seiten, 25,70 Euro



Olga Martynova
MÖRIKES SCHLÜSSELBEIN

Mit einem Kapitel aus diesem Roman hat Olga Martynova den Ingeborg-Bachmann-Preis 2012 gewonnen. Marina und Andreas sind ein russisch-deutsches Paar in den besten Jahren, in ihrem Freundeskreis Schriftsteller, Dichter, Künstler. Mit

großem Sinn für die Realität, einem offenen Blick für das Phantastische und dem für sie typischen Humor erzählt Olga Martynova von der Situation des Künstlers in der Gegenwart.

DROSCHL, 320 Seiten, 22 Euro



Donald Ray Pollock
KNOCKEMSTIFF

Knockemstiff, Ohio, ist ein tristes Kaff in der weiten Leere des Mittleren Westens. Hier trifft man auf Außenseiter, hin- und hergerissen zwischen Aufbegehren und sinnloser Gewalt. Da gibt es den jungen Jake, der in die Wälder des Hinterlandes flieht; da ist Daniel, der die Fänge eines psychopathischen Truckers gerät. Oder Duane, der so lange mit einer erfundenen Freundin prahlt, bis er selbst an sie glaubt.

LIEBESKIND, 256 Seiten, 19,60 Euro

Mit der Neoklassik in die Krise, mit dem Keynesianismus aus ihr heraus

Die Wirtschaftspolitik der Europäischen Kommission ist in der Finanzkrise gescheitert: Sie hat die Rezession verschärft, die Arbeitslosigkeit erhöht und keinen Abbau der Staatsschulden erreicht. Dieses Versagen ist das Ergebnis einer falschen theoretischen Basis, der neoklassischen Wirtschaftslehre:

- Die Krise ist eine Folge der Liberalisierung des Finanzsektors. Das war in der Neoklassik nicht vorgesehen. Sie vertritt die Hypothese effizienter Finanzmärkte, gemäß der sich die Finanzmarktakteure rational verhalten, die Preise den fundamentalen Wirtschaftsdaten folgen und die Finanzmärkte deshalb als stabil und wohlstandssteigernd ansieht.


- Die Wirtschaftskrise wurde durch den Austeritätsskurs in der Budgetpolitik verschärft. Dieser basiert auf der neoklassischen Erwartung, starke Kürzungen von Staatsausgaben würden keine negativen, sondern sogar expansive, Wachstum und Beschäftigung fördernde Effekte haben, da sie die Erwartungen von Konsumenten und Investoren aufhellen, die privaten wirtschaftlichen Kräfte entfesseln und so die Nachfrageausfälle kompensieren.

- Die hohen außenwirtschaftlichen Defizite der Südländer wurden als Ergebnis fehlender Wettbewerbsfähigkeit gesehen und mit Sozial- und Lohnkürzungen bekämpft. Diese einseitige Ausrichtung der neoklassischen Theorie auf Kostensenkungen missachtet die damit verbundenen Einkommens- und Nachfrageeffekte.

Die neoklassische Theorie geht von einem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht mit Vollausslastung von Maschinen und Arbeitskräften aus. Rezessionen und Arbeitslosigkeit können allenfalls vorübergehend vorkommen und sollen die Politik nicht weiter kümmern. Das geht an den aktuellen Problemen völlig vorbei.

Hingegen stützt sich die von John Maynard Keynes entwickelte Theorie auf die Erfahrungen der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre und hat deshalb im Fall der Unterauslastung mit Massenarbeitslosigkeit hohe Erklärungskraft. Sie sieht instabile Erwartungen der Investoren in Realwirtschaft und auf Finanzmärkten als Auslöser für Wirtschaftskrisen und den Herdentrieb mit sich selbstverstärkenden Erwartungen als wichtigste Determinante der Preisbildung auf Finanzmärkten. Diese müssen deshalb streng reguliert und eng begrenzt sein, wenn die Realwirtschaft prosperieren soll.

In der keynesianischen Sichtweise verringert restriktive Ausgabenpolitik die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Eine wirtschaftliche Erholung kann nur mit einem expansiven Impuls in Form öffentlicher Investitionen gelingen. Defizite und Überschüsse in der Außenwirtschaft sind meist das Ergebnis unterschiedliche Nachfragentwicklung: Defizitländer haben eine (zu) hohe Inlandsnachfrage, Überschussländer eine (zu) niedrige. Erfolgreich können sie nur korrigiert werden, wenn gleichzeitig die Inlandsnachfrage in den Defizitländern gedämpft und in den Überschussländern ausgeweitet wird.

Die keynesianische Theorie bietet die Basis für einen Kurswechsel auf EU-Ebene: Ausweitung der Nachfrage durch öffentliche Investitionen und Lohnerhöhungen in Deutschland & Co; Budgetsanierung durch die Anhebung von Vermögenssteuern, Spitzensteuersatz und Finanzsteuern; strenge Regulierung des Banken- und Finanzsystems. 

MARKUS MARTERBAUER

leitet die Wirtschaftswissenschaft der AK Wien
und bloggt auf <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/>

